Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 82. Dienstag, den 9. April 1907. 14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Entwurf eines Reichsapothekengesetzes.

Die Reichsregierung will abermals den Versuch unternehmen, die in den einzelnen Bundesstaaten über die Errichtung, den Erwerb und den Betrieb der Apotheken vorhandenen, außerordentlich verschiedenartigen Vorschriften in einem Reichsgesetz zu vereinheitlichen. Die Kompetenz des Reiches hierzu kann nicht angezweifelt werden, denn es besagt Artikel 4, 15 der Verfassung des Deutschen Reiches ausdrücklich, daß „der Beaufsichtigung seitens des Reiches und der Gesetzgebung desselben unterliegen: Maßregeln der Medizinal- und Veterinärpolizei.“ Die Reichsregierung hat auch wiederholt den Versuch unternommen, die Materie reichsgesetzlich zu regeln. So legte z. B. 1877 die Reichsverwaltung dem Bundesrat zwei Gesetzentwürfe vor, über die sich indes der Bundesrat nicht einigen konnte. 1889 erklärte der damalige preußische Kultusminister, daß ein Apothekengesetzentwurf ausgearbeitet sei; derselbe wurde aber nicht vorgelegt. Im Herbst 1892 fand eine Konferenz von Apothekern und Ärzten in Berlin statt, der ebenfalls der Entwurf einer Apothekenordnung vorgelegt wurde. Der Entwurf wurde später auch veröffentlicht, doch ist er nicht zu parlamentarischer Beratung gekommen.

Es war zu erwarten, daß nach der Einführung der Reichsarzneitaxe im Jahre 1905 der Versuch, auch das gesamte Apothekenwesen einheitlich zu regeln, wiederholt wurde. Bildet doch diese Regelung geradezu eine notwendige Ergänzung der Reichsarzneitaxe. Hat das Reich einmal die Festsetzung der Maximalpreise der Arzneimittel übernommen, so ist es erforderlich, ihm auch die Überwachung des sonstigen Apothekenwesens zu übertragen. Diese Forderung wird noch dadurch unterstützt, daß die Reichsarzneitaxe die Notwendigkeit einer durchgreifenden Regelung der Apothekerfrage erhöht hat.

Diese Notwendigkeit besteht — wenigstens für das Publikum — in dem Arzneiwucher. Es ist bekannt, welche enormen Profite die Apotheken abwerfen. Sind doch die Preise der Arzneien in den Apotheken um 250—600 Proz. höher, als sie entsprechend dem Drogenpreis sein dürften. In einzelnen Fällen geht der Verdienst noch weit darüber hinaus. Diese Zustände sind aber durch die Reichsarzneitaxe keineswegs gemildert, sondern nur verschlimmert worden. Die Einführung der Reichsarzneitaxe brachte in den meisten Bundesstaaten eine Verteuerung der Arzneien um ca. 10 Prozent mit sich. So in Preußen, in Sachsen usw. Die Folge ist, daß der Apothekenschacher noch schönere Blüten als seither treibt. Ist es doch keine Seltenheit, sondern die Regel, daß Apotheken, deren bauliche Einrichtungen einen reellen Wert von etwa 60 bis 80 000 Mk. hatten, mit dem Preis von ca. 500 000 Mk. und noch teurer bezahlt wurden.

Unter diesen Mißständen leiden ganz besonders die Arbeiterversicherungsinstitute. Hat sich doch der Umsatz der Apotheken ganz gewaltig gesteigert, seit den Apotheken durch die Krankenversicherungsgesetzgebung ca. 12 Millionen Kunden überwiesen wurden, die mehr Arzneien als früher kaufen, weil diese von der Kasse bezahlt werden. Früher suchte sich der Arme soviel wie möglich der Ausbeutung durch die Apotheken zu entziehen; jetzt verschreibt der Arzt alles, wozu er Lust hat, und die Kasse kann sich der Bezahlung nicht entziehen. Die Ausgaben für Arzneien und Heilmittel bei der gesetzlichen Krankenversicherung betrugen im ganzen Reiche 1885 etwas über 7 Millionen Mark, 1904 aber bereits über 32 Millionen Mark, neben 3,2 Millionen Mark bei der Krankenversicherung in den Knappschaften und neben den vielen Millionen Arzneiausgaben bei den Invalidenversicherungsanstalten und den Unfallberufsgenossenschaften. Die Rabattverträge zwischen Kassen und Apotheken sind sicherlich ein ganz unzulänglicher Ausweg; mitunter haben sie sogar ihre Bedenken erregenden Schattenseiten. Die Arbeiterversicherungsinstitute haben aber auch die Existenz der Apotheker noch mehr gesichert, weil diese nun nicht mehr Gefahr laufen, von den Armen die Arzneien nicht bezahlt zu erhalten.

An den ganzen Mißständen trägt der Staat die Schuld. Und wenn die Gesetzgebung jetzt kommt und die Materie regeln will, so tritt sie, wie das in einer Anzahl anderer Dinge der Fall ist, viel zu spät auf den Plan. Bei der Gründung des Deutschen Reichs und vor Einführung der Arbeiterversicherungsgesetzgebung war die Möglichkeit vorhanden, auch auf dem Gebiete des Apothekenwesens die vollste Konkurrenzfreiheit zuzulassen. Selbst unter der Sozialdemokratie gab es Anhänger, welche dieser „manchesterlichen Strömung“, wie man sie nannte, ihre Unterstützung liehen. Diese Konkurrenzfreiheit war von ihren Verfechtern so gedacht, daß der Prüfungszwang, die sogen. Approbation für Apotheker nicht angetastet werden sollte. Aber innerhalb des Kreises derer, welche ihre Prüfungen bestanden hatten, sollte sich keinerlei gewerberechtliches Hindernis für das weitere Fortkommen mehr erheben; jeder einmal Approbierte sollte neu gründen und ankaufen können, soviel er wollte. Diese Richtung hatte in der Zeit der Reichsgründung nicht nur auf den liberalen volkswirtschaftlichen Kongressen, sondern auch in den ersten norddeutschen und deutschen Reichstagen zahlreiche Anhänger. So unterstützte z. B. 1872 die Petitionskommission anläßlich verschiedener Eingaben einstimmig die Forderung, von jeder obrigkeitlichen Einmischung bei der Konzessionierung neuer Apotheken, vor allem von der vorherigen Prüfung des „Bedürfnisses“ abzusehen. Der Bundesrat trat später allerdings für Aufrechterhaltung der Konzessionspflicht ein, nur neue Realrechte wollte er nicht zulassen. Ob die Konkurrenzfreiheit zweckmäßig und der geeignete Weg zur Lösung der Frage gewesen wäre, darüber zu streiten wäre jetzt nutzlos, denn jetzt ist es unmöglich, eine solche Regelung vorzunehmen. Die Forderung hat gegenwärtig auch keine Anhänger mehr.

Eine Ursache der Preissteigerung der Apotheken ist darin zu suchen, daß die zuständigen Behörden nicht den wirklichen Bedürfnissen entsprechend genügend Apotheken konzessioniert haben. Namentlich bei Einführung der Arbeiterversicherungsgesetze wäre es Pflicht der Behörde gewesen, eine große Anzahl von Konzessionen zu erteilen, um den neuen Bedürfnissen gerecht zu werden. Die Preistreibereien datieren auch erst seit dieser Zeit. Ein weiterer Grund ist darin zu finden, daß die zuständigen Stellen die in den Arzneitaxen vorgesehenen Höchstpreise für die Arzneien fortgesetzt auf einer abnormen Höhe erhalten haben, natürlich zu dem Zwecke, den Apothekern eine auskömmliche Existenz zu schaffen. Mitunter werden die hohen Sätze der Taxe allein für den Apothekenwucher verantwortlich gemacht. Man darf aber hierbei nicht vergessen, daß bei einer größeren Anzahl Apotheken der Konkurrenzkampf unter denselben größer würde. Man hat das in Orten, in denen eine größere Anzahl Apotheken vorhanden ist, schon beobachtet. Die Arzneitaxen geben ja nur den Höchstpreis an, davon nach abwärts zu gehen, ist niemandem verwehrt.

Wie können nunmehr gegenwärtig die Mißstände beseitigt werden? Die Sozialdemokratie ist sich klar darüber, daß die Apotheken in den Besitz der Allgemeinheit gehören. Die Notlagen des Menschen, zu denen die Krankheiten gehören, dürfen nicht zu wucherischen Geschäftszwecken ausgebeutet werden. Die Privilegien müssen gebrochen werden, die schon längst nicht mehr in unsre Zeit passen. Dem Publikum, den Arbeiterversicherungsinstituten, den Krankenhäusern würden große Summen erspart, die jetzt in die Taschen einzelner Personen fließen, damit diese ihre Zinsenlasten tragen können. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags stellte denn auch schon am 23. Januar 1891 den Antrag: „Die Übernahme der Verwaltung und des Eigentums des Apothekenwesens durch das Reich herbeizuführen.“ Demselben war folgende Begründung beigegeben: „Der Übergang des Apothekenwesens in Reichsverwaltung und Reichseigentum ist die notwendige Konsequenz der Gesetze über Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung. Das Reich soll mit der Besitznahme und Verwaltung des Apothekenwesens kein fiskalisches Interesse verfolgen, sondern die Medikamente zum Selbstkostenpreis verabreichen.“ Der Antrag wurde in der Sitzung vom 2. März 1892 von den Abgeordneten Bebel und Wurm ausführlich begründet, indes gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Im bayrischen Landtage schoben die Sozialdemokraten durch einen Antrag vom Februar 1898 mehr die Gemeinden in den Vordergrund, die dann unter Oberaufsicht des Staats die Arzneien zum Herstellungspreis abzugeben hätten. Ähnliche Forderungen sind wohl auch in anderen Landtagen erhoben worden; auch der bekannte Professor Virchow ist dafür eingetreten. Die Krankenkassenverbände haben ihre Stellungnahme auf dem Berliner Kongreß in der Forderung der „Kommunalisierung der Apotheken“ festgelegt. In Mainz ist diese Forderung tatsächlich auch durchgeführt worden. Dort gibt die Gemeinde ihren Apothekenbesitz an einzelne approbierte Apotheker in Zeitpacht, so daß Vererbung und Veräußerung ausgeschlossen ist. Es ist hier nicht der Ort, die Vorzüge der Verstaatlichung oder der Verstadtlichung gegeneinander abzuwägen; es genügt die Forderung auf Ueberführung der Apotheken in den Besitz der Gesamtheit. Das soziale Interesse hat die Tendenz, Monopole oder monopolistische Betriebe, wie z. B. Bergwerke, Verkehrsbetriebe, Grundeigentum usw., in das Eigentum der öffentlichen Korporationen zu überführen, um den privaten Eigennutz an diesen Dingen auszuschalten. Das gilt auch hinsichtlich der Apotheken, denn die Verleihung der Konzession stellt ein Monopol dar.

Welche Regelung schlägt nun der kürzlich vom Reichsamt des Innern veröffentlichte Entwurf eines Reichsapothekengesetzes vor? Es ist ja selbstverständlich, daß er nicht zu einer ernsten und durchgreifenden Regelung der Frage im Sinne einer Verstaatlichung ausholt. Er geht denselben Weg, wie seither die Einzelregierungen, die zu einem ernstlichen Vorstoß ebenfalls nicht den Mut fanden: er will neben die alten, fortlaufenden Realrechte (die auf den Apotheken als solchen ruhenden Konzessionen) Personalkonzessionen setzen. Ist nach Anhörung von Ärzten, Gemeinden und Apothekervereinigungen das örtliche Bedürfnis für eine neue Apotheke anerkannt, so soll der Zuschlag an die Bewerber im allgemeinen nach ihrem Berufsalter erfolgen, Ausnahmen für besondere Tüchtigkeit vorbehalten. Wer einmal die Erlaubnis zum Betrieb einer Apotheke erhalten hat, ist verpflichtet, die Apotheke selbst zu betreiben (§ 18); beim Tode, bei Übernahme einer anderen Apotheke, beim Verzicht erlischt die Betriebserlaubnis (§ 12); zu einer Neubesetzung bedarf es einer neuen Ausschreibung, wobei gewisse Rechte der Familie und der Erben — vor allem aber betreffs der Übernahme der Einrichtungen und der Vorräte auf den Nachfolger — gewahrt bleiben sollen. Wird eine Apotheke nicht betrieben, so kann die Aufsichtsbehörde den Betrieb durch einen approbierten Apotheker wahrnehmen lassen usw.

Der Entwurf, der den berechtigten Forderungen keineswegs genügt, dürfte wieder die alte Streitfrage aufrollen: ist die Real- oder die Personalkonzession die zweckmäßigste? Die Wagschale hat sich in der letzten Zeit mehr zugunsten des letztgedachten Systems geneigt. Bei der altüblichen Realkonzession gewann die einzelne Apotheke als staatlich anerkannter, bevorrechteter Betrieb gewissermaßen ein selbständiges Leben, gleichviel wer sich im Besitz und in der Leitung befand, gleichviel wie oft Besitz und Leitung wechselten und unter welchen Umständen ein Inhaber dem andern folgte. Bei der engbegrenzten Zahl solcher privilegierter Betriebe und anderseits bei dem großen Andrang zum Apothekerberuf — lange Zeit hindurch wurden alljährlich über 600 Approbationen erteilt — entwickelte sich ein wahres Wettrennen nach diesen einzigen Gelegenheiten, in dem erwählten Beruf selbständig zu werden. In Erkennung dieser Übelstände führte man in Preußen, Sachsen usw. die Personalkonzessionen ein, die jedoch die Zustände keineswegs gebessert haben. Und das deshalb, weil die Handhabung dieses Systems sich durch ihre Engherzigkeit durchaus nicht von dem System der Realkonzession unterscheidet. Im letzten Grunde kommt es doch lediglich darauf an, daß die Konzessionspflicht überhaupt besteht und wie viele Konzessionen erteilt werden. Und da blieb man äußerst sparsam. Es gibt eine Anzahl Sachverständiger, die lediglich im Interesse des Publikums für die Realkonzessionen eintreten, weil dadurch die Apotheken, da ein bestimmtes Recht auf ihnen ruht, leichter verkäuflich sind, ein größeres Angebot an solchen eintritt und sie daher billiger werden. Dahingegen züchte das System der Personalkonzession ein gewisses Strebertum gegenüber den Stellen, welche die Konzessionen zu erteilen haben, wodurch der Apothekerstand korrumpiert werde.

Betrachtet man die Frage indes von dem Standpunkt aus, welches der beiden Systeme einer späteren Verstaatlichung oder Kommunalisierung förderlicher oder wenigstens nicht hinderlich ist, so muß die Entscheidung zweifellos für die Personalkonzession ausfallen. Bei diesem System hat es der Staat einfach in der Hand, gegebenenfalls an die Bewerber keine Konzessionen mehr zu erteilen, sondern den Betrieb der Apotheken selbst zu übernehmen. Er hätte, streng genommen, keine Verpflichtungen, hohe Realkonzessionen abzulösen. Es sei in dieser Hinsicht an einen Artikel der „Nationalzeitung“ vom April 1905 verwiesen, welcher die Einführung der Personalkonzession als Übergang zur Staats- oder Gemeindeapotheke empfahl und damit auch in bürgerlichen Kreisen viel Zustimmung fand.

Selbstverständlich ist es Pflicht der Partei, bei den Debatten über den Entwurf vor allen Dingen unsre prinzipiellen Forderungen auf Überführung der Apotheken in den Besitz der Allgemeinheit in den Vordergrund zu stellen. Nach dieser Richtung hin sind die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs zu verbessern.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag tritt am morgigen Mittwoch wieder zusammen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“, das Sprachrohr der Regierung, richtet anläßlich des zahlreichen vorliegenden Arbeitsmaterials an die neue Mehrheit die Aufforderung, eine Einschränkung der Etatsdebatten vorzunehmen. — Wir sind neugierig, ob sich die „neue

Mehrheit", zu der ja auch die Liberalen gehören, dieser Aufforderung fügt.

Der Gesetzentwurf gegen die Berufsvereine, mit dessen Wiedereinbringung jedenfalls zu rechnen ist, findet auch nicht die Billigung der deutschen Handelswelt. Gestern beschäftigte sich der Ausschuß des deutschen Handelstages, der in Berlin tagte, mit dem Entwurf. Er kam zu dem Resultat, daß der vom Bundesrat beschlossene und am 12. November 1906 dem Reichstage vorgelegte Entwurf betreffend gewerbliche Berufsvereine nicht als befriedigende Lösung der ihm zugrunde liegenden Aufgaben betrachtet werden kann. Weiter wendet sich die dort beschlossene Erklärung gegen die Einspruchs-Befugnis der Verwaltungsbehörde, gegen die Beschränkung auf gewerbliche Berufsvereine etc. Betont wurde, daß die durch den Entwurf geschaffenen Vorteile nicht die Nachteile aufwiegen, die aus manchen Bestimmungen für den Verein entstehen.

Wegen der neuen Reichssteuern wird jetzt der Beruhigungsapparat in Bewegung gesetzt. So liest man in einer offiziösen Verlautbarung.

„daß bisher überhaupt noch nicht einmal Erwägungen angestellt worden sind, ob und in welchem Umfange neue Steuervorlagen nötig erscheinen. Es hat das darin seine Ursache, daß die Vorarbeiten für die Gehaltsaufbesserungen der unteren und mittleren Reichsbeamten noch nicht abgeschlossen sind. Diese Gehaltsaufbesserungen werden zum Winter durch eine besondere Jahresvorlage dem Reichstage unterbreitet werden; ihre Wirkungen werden aber erst im nächsten Etatsjahre in die Erscheinung treten, da für das laufende Rechnungsjahr Deckungsmittel nicht vorhanden sind. Selbst wenn man die Grenze der aufzubessernden Gehaltsklassen über die unteren Stufen hinaus ziemlich eng ziehen würde, muß schon mit einer Mehrbelastung des Reichs um 25 bis 30 Millionen gerechnet werden, und für diesen Betrag wären naturgemäß neue Deckungsmittel zu schaffen. Ob man dazu auf die Tabaksteuer zurückgreifen wird, die in dem früher geplanten Umfang einen Ertrag von 28 Millionen bringen sollte, erscheint schon aus dem Grunde zweifelhaft, weil nach der Ablehnung im vorigen Jahre auch jetzt noch keine größeren Aussichten für eine Annahme im Reichstage vorhanden sind."

Der langen Rede kurzer Sinn ist der: neue Steuern kommen nicht; aber sie sind unvermeidlich. Der Tabak wird nicht höher besteuert; aber es ist möglich, daß er höher besteuert wird. Das ist echt offiziöser Echternacher Springprozessionsstil! Jedenfalls tut der deutsche Steuerzahler gut, zu singen: Nur nit brumma! 's wird schon kumma!

Eine liebevolle Zurechtweisung. Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt:

„Der Zentrumsführer Dr. Schädler soll jüngst in einer Versammlung gesagt haben, aus den jetzigen heillosen politischen Verhältnissen sei nur dann eine Rettung möglich, wenn der Reichskanzler im Sommer krank werde und beim Wiederzusammentritt des Reichstages ein anderer Kanzler im Amte sei. Wenn ein hervorragender Zentrumsführer einen andern Kanzler wünscht, so ist das seine Sache; wenn er aber diesen seinen Wunsch in solche Worte kleidet, dann ist das unseres Erachtens eines vornehmen und maßgebenden Politikers nicht würdig."

Wie würde Herr Oertel den Bakel schwingen und über „Gefühlsroheit", „Flegelei" und „Sauherdenton" zetern, wenn an Stelle des einflußreichen Führers der einflußreichen Zentrumspartei ein sozialdemokratischer Politiker den frommen Wunsch geäußert hätte, Bülow möge krank werden!

Die Polenvorlage. Zu der in Vorbereitung begriffenen Ostmarkenvorlage hören verschiedene Blätter, daß die Regierung den Gedanken des Enteignungsrechts fallen gelassen habe, weil hierfür die Zustimmung der Konservativen im Landtag nicht zu erreichen wäre, die ein zu bedeutendes Fallen der Güterpreise durch das staatliche Enteignungsrecht befürchten. Man dürfte sich daher auf ein staatliches Vorkaufsrecht bei allen Landverkäufen an Polen beschränken, wodurch wenigstens der deutsche Besitzstand an Grund und Boden in den Ostmarken zu sichern wäre. — Auch das wäre ein brutales Ausnahmegesetz gegen die Polen.

Das Wahlrecht am Kontrollversammlungstage. Nach der seit einer Reihe von Jahren gebräuchlich gewordenen Auslegung des Militärstrafgesetzes unterstehen die Kontrollpflichtigen am Tage der Kontrollversammlung bis nachts 12 Uhr dem Militärstrafgesetzbuch. Es ist ihnen jeden Dritten erkennbar gemachte Betätigung revolutionärer, sozialistischer oder anarchistischer Gesinnung, insbesondere durch Singen, Ausrufe usw., sowie das Lesen und Verbreiten sozialistischer oder anarchistischer Schriften in Kasernen oder sonstigen Diensträumen verboten. Ferner jede Beteiligung an Vereinen, Versammlungen, Sitzungen oder Geldsammlungen ohne Erlaubnis der Vorgesetzten. Diesen unmöglichen Bestimmungen — man denke nur an den Austritt aller Kontrollpflichtigen aus ihren Vereinen oder das Abbestellen der Zeitung für den betreffenden Tag! — waren in Hagen zwei Reservisten zum Opfer gefallen, die am Tage der Kontrollversammlung bei der Stadtverordnetenwahl sozialistischen Kandidaten ihre Stimme gegeben hatten. Durch eine Denunziation kam dies zur Kenntnis der Militärbehörden, welche die beiden Leute unter Anklage stellten, da sie am Kontrollversammlungstage ihrer politischen, sozialdemokratischen Gesinnung Ausdruck gegeben hätten!! Das Kriegsgericht sprach die beiden Sünder aber frei, weil es den Standpunkt des als Zeugen vernommenen Hagener Oberbürgermeisters teilte, daß die Teilnahme an der Stadtverordnetenwahl keine politische Tätigkeit sei, da Kommunalvertretungen keine Politik treiben dürften. — Also nicht dem verfassungsmäßigen und selbstverständlichen Recht des deutschen Bürgers, bei Wahlen seiner Meinung durch Abgabe seiner Stimme Ausdruck zu geben, verdanken die beiden Reservisten ihre Freisprechung, sondern dem glücklichen Umstand, daß dies Gericht und diese Zeugen die Wahlen zu kommunalen Körperschaften nicht als politische Betätigung ansahen. Das Eigenartige dieses Strafantrags und das moralische Gewicht des Ausgangs dieses Prozesses hat wohl bewirkt, daß bei den jetzt stattfindenden Kontrollversammlungen eine Verfügung — anscheinend aus dem Kriegsministerium stammend — bekannt gegeben wird, die den Mannschaften die Teilnahme an kommunalen Wahlen am Tage der Kontrollversammlung ausdrücklich gestattet! Aber wohlverstanden: nur an kommunalen Wahlen!

Die Fahrgäste erster Güte, die gleich dem Junker v. Brandenstein keine Nachbarn mit „zerlegbaren Hemden" neben sich im Eisenbahncoupe dulden mögen, fangen an, sich über die Mehrbelastung durch die am 1. Mai in Kraft tretende „Personentarifreform" zu beschweren. In der „Kreuzztg." klagt Graf Mirbach-Sorquitten der Welt sein bitteres Leid mit folgendem Beispiel aus der eigenen Praxis:

„Der Preis für eine Fahrkarte Sorquitten-Berlin und zurück betrug bis zum 1. August vorigen Jahres rund 72 Mk., von da ab infolge der Fahrkartensteuer rund 80 Mk., vom 1. Mai ab wird er rund 100 Mark betragen. Das ist eine Preiserhöhung binnen noch nicht ¾ Jahren um 28 Mk. bezw. um über 40 Prozent. Gering ist eine derartige Preiserhöhung doch wohl nicht.

Es handelt sich bei den Reisen nach Berlin für mich und für meine Angehörigen ausschließlich um Hin- und Rückfahrkarten, niemals um Einzelfahrten. — Dazu kommt noch die Belästigung durch die zweimalige Lösung von Fahrkarten, und durch die Bezahlung des Reisegepäcks. Die Beseitigung des Freigepäcks wird überdies ganz zweifellos die Wirkung haben, daß die Reisenden bemüht sein werden, soviel Handgepäck wie möglich in den Abteilen mit sich zu führen, was jedenfalls nicht zu den Annehmlichkeiten für die Mitreisenden gehören wird. Eine so bedeutende Mehrbelastung, wie sie der neue Fahrpreis von einer ostpreußischen Station nach Berlin und zurück nachweist, trifft allerdings ganz überwiegend die entlegeneren — insbesondere danach die östlichen — Landesteile, welche ja auch durch die tarifarischen Maßnahmen in dem sehr viel bedeutsameren Gebiete des Güterverkehrs 1894 bereits auf das empfindlichste geschädigt worden sind — ohne daß man bisher an eine Remedur gedacht hat."

Auch das Organ des Bundes der Landwirte stimmt ein Klagelied an: „Eine weitere Verteuerung und Steigerung der Abwanderung aus der ersten Klasse wird die Tarifreform bei den deutschen Eisenbahnen am 1. Mai ohne Zweifel zur Folge haben. Der Satz für die Doppelreise wird bekanntlich von 12 auf 14 Pf. für das Kilometer erhöht. Dazu kommt noch, daß infolge der Teilung der Rückfahrtkarten in zwei einfache Karten die Reichssteuer zweimal zu entrichten ist. Bei den hohen Sätzen für die erste Klasse sind hohe Steuersätze bald erreicht. Die Steuer wird so in vielen Fällen auf das Doppelte gesteigert. Zum Beispiel kostet eine Rückfahrtkarte erster Klasse von Berlin nach Straßburg jetzt 105,10 Mk., ohne Steuer also 97,10 Mk. Künftig wird man für die Doppelreise ohne Steuer 113,30 Mk. zu entrichten haben. Dazu kommen 16 Mk. Steuer, so daß die Reise insgesamt 129,30 Mk. beträgt. Am 31. Juli v. J. hatte eine Rückfahrtkarte nach Straßburg erster Klasse 97,10 Mk. gekostet. Innerhalb der Zeit von neun Monaten wird also diese Reise um mehr als 32 Mk. teurer. Die Steigerung beträgt fast ein Drittel des ursprünglichen Fahrpreises. Die große Mehrzahl von Reisenden, die nicht erster Klasse fährt, pflegt kein Interesse an diesen Verhältnissen zu haben. Die Eisenbahnverwaltung und die Allgemeinheit hat aber ein sehr lebhaftes Interesse daran, wenn ein erheblicher Teil des Fahrparkes immer weniger ausgenutzt wird. Der Eisenbahnverwaltung entgehen durch die Abwanderung in die niederen Klassen erhebliche Einnahmen, ohne daß das Reich einen großen Nutzen davon hätte."

Wenn so schon die Leute klagen, die es sich erlauben können, erster Klasse zu fahren, was sollen diejenigen sagen, die mit der dritten Klasse fürlieb nehmen müssen und die die Verteuerung, obwohl sie ja geringer ist als in der ersten Klasse, viel schwerer trifft als die noblen Herren, die immer noch die Möglichkeit haben, eine Stufe herabzusteigen, ohne dabei sich etwas zu vergeben.

Die gegenwärtige politische Lage in freisinniger Beleuchtung. Auf dem zurzeit vom „Wahlverein der Liberalen", der Organisation der Freisinnigen Vereinigung abgehaltenen zweiten Delegiertentag in Berlin hielt der Vorsitzende, der Reichstagsabgeordnete Eisenbahndirektor a. D. Schrader einen längeren Vortrag über die politische Lage nach den Reichstagswahlen, in der er sich ähnlich aussprach, wie Dr. Th. Barth in seinen Artikeln:

„Der Liberalismus habe," sagte er, „bei den Wahlen einen kleinen Sieg davongetragen. Man könne aber nur dann von einem wirklichen Siege sprechen, wenn die Liberalen wie ein Mann zusammenständen. Bekanntlich habe der Reichskanzler in dem bekannten Silvesterbrief erklärt, es müsse an der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik festgehalten werden. Man werde also vorläufig mit dieser Politik zu rechnen haben. Es sei von vornherein selbstverständlich gewesen, daß das Zentrum — eine konfessionelle Partei — durch die Reichstagsauflösung nicht geschwächt werden würde. Das Zentrum könne mit gutem Erfolg nur im preußischen Abgeordnetenhause bekämpft werden. Das sei aber nicht geschehen. Der Reichskanzler wandte sehr bald seine Angriffe gegen die Sozialdemokratie. Das im November in Frankfurt am Main geschlossene Kartell der freisinnigen Parteien habe zu dem kleinen Erfolg des Liberalismus wesentlich beigetragen. Bedauerlich sei es, daß bei dem Wahlkampf weder Schul- noch Wirtschafts- noch kirchliche Fragen berücksichtigt wurden, sondern daß der Wahlkampf sich fast ausschließlich gegen die Sozialdemokratie gerichtet habe. Die Freisinnige Vereinigung habe diesen Kampf nicht mitgemacht, sie sei vollständig unabhängig unter voller Wahrung ihrer Grundsätze in den Wahlkampf gegangen und habe ihre Hauptangriffe gegen die Konservativen gerichtet. (Bravo!) Die Kandidaten der Freisinnigen Vereinigung hätten es grundsätzlich abgelehnt, sich Regierungskandidaten zu nennen. Die Freisinnige Vereinigung sei eine liberale, aber auch eine durch und durch nationale Partei. Sie erachte ein starkes Heer und eine starke Flotte angesichts der europäischen Verhältnisse für notwendig, ebenso die Fortführung der Kolonialpolitik. Dazu hätte es keines nationalen Blocks, der ja auch „Hottentottenblock" genannt werde (Heiterkeit) bedurft. Jedenfalls sei keine Aussicht vorhanden, daß durch den nationalen Block der Liberalismus irgend welchen Nutzen haben werde.

Der Reichskanzler habe allerdings versprochen, ein gutes Börsengesetz, ein freies Vereins- und Versammlungsrecht usw. zu schaffen. Allein wenn man erwäge, daß der Reichskanzler ein ausgesprochener Agrarier sei und daß durch die Niederlage der Sozialdemokraten die linke Seite im Reichstage eine wesentliche Schwächung erfahren habe, so sei für wirklich liberale Forderungen wenig Hoffnung vorhanden. Es müßte denn sein, daß das Zentrum wieder, wie es früher geschehen sei, für liberale Forderungen eintrete. Aber nicht auf die Dauer werde sich das Versteckspiel des Reichskanzlers aufrechterhalten lassen, er werde schließlich Farbe bekennen müssen. Eventuell werde er wieder mit dem Zentrum ein Bündnis schließen. Sehr leicht werde ihm das allerdings nicht werden. Das Zentrum werde die ihm während der Wahl zu teil gewordene Behandlung so leicht nicht vergessen. Das Zusammengehen der drei liberalen Gruppen werde jedenfalls dem Liberalismus wesentlichen Vorschub leisten.

Wir wollen an der Aufrechterhaltung dieser Verbindung getreulich festhalten, aber gleichzeitig die Aufrechterhaltung und Stärkung unserer eigenen Organisation fördern. Wenn es uns gelingt, dem Liberalismus Boden in der deutschen Bevölkerung zu verschaffen, dann werden die nächsten Reichstagswahlen ein wesentlich anderes Ergebnis haben und die liberalen Forderungen zum Durchbruch gelangen."

Bülows Siege in Bayern. Unser Münchener Parteiorgan, die „Münchener Post", erhielt folgende Inschrift:

Geehrte Redaktion!

Am 8. Februar und 19. März wurden von mir, als Vorsitzendem der Russischen Studenten-Kassa in München, zwei Wohltätigkeits-Bälle zugunsten der genannten Kassa und der politischen Gefangenen in Rußland veranstaltet. Die der Kassa gehörigen Summen blieben bei mir, das Geld für die Gefangenen wurde meinem Kollegen Herrn Tomaschewsky übergeben. Vor kurzem hat beim Herrn Tomaschewsky eine Haussuchung stattgefunden. Später wurde auch meine Wohnung polizeilich durchsucht und dabei mein Paß und meine Korrespondenz beschlagnahmt; bei dieser Gelegenheit wurde mir auch meine bevorstehende Ausweisung aus Bayern mitgeteilt. Um die Gründe meiner Ausweisung zu erfahren, wandte ich mich an den Referenten der politischen Polizei Dr. Vittinger. Dr. Vittinger stellte mir eine Reihe von Fragen über die Existenz von russischen revolutionären Gruppen in München und deren angebliche Tätigkeit. Dann erklärte er mir: er halte mich für einen „lästigen Ausländer", er sei im Besitze der Abdrücke der Stempel der Russischen Sozialdemokratischen Gruppe in München. Schließlich forderte er mich auf, ihm mitzuteilen, bei wem sich die Stempel befänden und wer zu der Gruppe gehöre; im Falle meiner Neigung, die Fragen zu beantworten, könne ich ruhig meine Studien am Münchner Polytechnikum fortsetzen. Darauf erklärte ich, dem Wunsch des Herrn Dr. Vittinger nicht nachkommen zu können. „Sie wollen oder Sie können nicht?" fragte er mich. „Ich will nicht," so sagte ich. „Dann werden Sie ausgewiesen", lautete sein Schlußwort. Jetzt habe ich im Ministerium des Innern erfahren, meine Ausweisung wäre bereits eine Tatsache.

Bevor ich München auf diese Weise verlasse, will ich der Oeffentlichkeit auf diesem Wege von dem Falle Mitteilung machen; insbesondere möchte ich aber die Tatsache hervorheben, daß ein akademisch gebildeter Regierungsbeamter einem Studenten unter Drohung der Ausweisung derartige Vorschläge gemacht hat.

Ich mache auch noch an dieser Stelle auf das aufmerksam, daß ich keiner politischen Partei angehöre.

Daniel Meerowitsch.

Bülows Abneigung gegen „Schnorrer und Verschwörer" verbreitet sich schleichendem Gifte gleich nun also auch jenseits der Mainlinie. Und so ist Deutschland auf dem besten Wege, sich dem schönen Ideal der „Kultur und Freiheit" immer mehr zu nähern.

Rußland.

Von der Zensur. Die russische Zensurbehörde kennt bekanntlich „ganz verbotene" und „teilweise verbotene" Bücher. Die Revolution hat in einigen Phasen ihrer Entwickelung die dreimal geheiligte Zensur lachend über den Haufen gerannt und sich den Teufel um deren Verbote gekümmert. Diese Radikalkur scheint ein klein wenig heilsam auf die edle Zensorenzunft gewirkt zu haben. Zur allgemeinen Überraschung hat sie in der letzten Zeit einige Autoren und einige Werke vom Index gestrichen, deren Freigabe, noch dazu gutwillige Freigabe, man sich in der Kulturwelt nicht so bald hatte träumen lassen. Unter den nunmehr in Rußland „erlaubten" Büchern befinden sich z. B.: Wilhelm Blos: „Das Ende vom Lied". Sozialer Roman. Ernst Haeckel: „Die Welträtsel." v. Hoensbroech: „Das Papsttum in seiner sozialkulturellen Wirksamkeit". 2. Band. „Die ultramontane Moral". Fürst Peter Krapotkin: „Memoiren eines Revolutionärs" (?) David Friedrich Strauß: „Der alte und der neue Glaube." Ferdinand Lassale: „Reden und Schriften", herausgegeben im Auftrage des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands von Ed. Bernstein. Berlin, Buchhandlung des „Vorwärts". — Die Revolution wird die Stuben der russischen Bureaukratie allmählich ganz von der in ihnen brütenden Stickluft reinigen.

Der weiße Schrecken. Vom Kriegsgericht in Riga wurden fünf Personen zum Tode verurteilt. Bei dreien wurde das Urteil vom Generalgouverneur bestätigt, bei zweien in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt.

Die angeblich wiederhergestellte Ruhe. Aus Lodz wird vom 8. April gemeldet. Nachmittags wurden zwei Arbeiter der Fabrik Poznansky in der Nähe der Fabrik durch Revolverschüsse schwer verwundet. Die Täter entkamen. Tags vorher kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den Arbeitern dieser Fabrik und etwa 40 Mann, die ihnen beim Nachhausegehen den Weg versperrten. Bei der Schießerei wurden zehn Personen getötet. — In der Mizkewitschstraße kam es nachmittags wieder zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalisten und Angehörigen der extremen Parteien. Eine Person wurde getötet, zwei sind verwundet worden.

Bulgarien.

Große Unzufriedenheit herrscht im ganzen Lande über das neugeschaffene Preßknebelgesetz. In Sofia sind es die Lehrer, die eine rege Agitation gegen die Regierung entfalten. Man rechnet mit dem Ausbruch eines allgemeinen Lehrerstreiks.

China.

Die Hungersnot in China. Die furchtbare Hungersnot, die nun schon seit Monaten, Tod und Verderben säend, in den Landdistrikten des mittleren Chinas

wütet, nimmt immer besorgniserregendere Dimensionen an. In verzweifeltem Suchen nach Hilfe und Unterstützung verlassen die unglücklichen chinesischen Bauern ihre Felder, rotten sich, eine hilfslose Herde, zu Tausenden, ja zu Zehntausenden zusammen und ziehen in dichten Scharen fort aus dem Landgebiet, hin gegen die Städte. Große Lager sind hier errichtet, immer neue Scharen ausgemergelter Hungernder kommen herbei; die Insassenzahl dieser Hungerlager wächst ins Ungemessene, und die geringen Hilfeleistungen der Beamten stehen zu der furchtbaren Not in einem geradezu lächerlichen Verhältnis. Nirgends sind zur rechten Zeit die nötigen Vorbeugungsmaßregeln getroffen worden, und nun, da das Unglück in riesigem Umfange und mit riesiger Wucht hereingebrochen ist, reichen die vorhandenen Hilfsmittel nicht im entferntesten aus, um dem zu steuern. Die Beamten und alle Augenzeugen befürchten infolge der Hungersnot den Ausbruch von Unruhen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 9. April.

Zuzug von Tischlern, Drechslern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Lübeck ist strengstens fernzuhalten.
Die Streikleitung.

Bebel und die Bauern lautet der Titel eines Amtsblatt-Artikels, der gestern Abend erschienen ist; in demselben wird nachzuweisen versucht, daß Bebel in München die Bauern als borniert beschimpft habe. Ausnahmsweise wird dann das Protokoll des Münchener Parteitages auch einmal wahrheitsgemäß zitiert, und da heißt es denn, „daß es keine egoistischere, rücksichtslosere, brutalere aber auch keine borniertere Klasse gibt, als unsere Agrarier.“ Trotzdem bedeutet das nach der Logik des Amtsblattes einen Anwurf gegen die Bauern! Wir verzichten vorläufig darauf, hierzu irgend eine Bemerkung zu machen; der Artikelschreiber kann uns jedoch aufrichtig leid tun.

Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins, welche gestern abend unter zahlreicher Beteiligung der Mitglieder stattfand, nahm zunächst die Abrechnung vom 1. Quartal entgegen. Nach derselben betrug die Einnahme 9618,42 Mark, die Ausgabe 8119,77 M., sodaß ein Kassenbestand von 1498,65 M. vorhanden war. Der Mitgliederbestand hat sich auf 2911 gehoben. Beim Punkt Maifeier wurde beschlossen, dieselbe im Tiergarten abzuhalten. Die vom Vorstande und Ausschusse vorgeschlagenen Arrangements fanden ebenfalls die Billigung der Versammlung. Von verschiedenen Rednern wurde es als unbedingt notwendig bezeichnet, daß in den Betrieben, in welchen Arbeitsruhe beschlossen wird, auch alle Genossen sich nach diesem Beschlusse zu richten haben, widrigenfalls sie aus der Partei auszuschließen seien. Es wurde sodann ein aus zwölf Genossen bestehendes Komitee gewählt. Über die Landagitation und deren intensive Betreibung fand hierauf eine lebhafte Aussprache statt. Genosse Th. Schwartz erhielt sodann das Wort zu seinem Vortrage über die Verhandlungen und Aufgaben des Reichstages. Er wies dabei zunächst auf den permanenten Geldmangel hin, der im Reiche herrsche und durch welchen die Erfüllung aller möglichen Aufgaben auf sozialpolitischem Gebiete verhindert werde. Neue Steuern werden ebenfalls die Folge des Geldmangels sein. Die kommende Session wird zeigen, wie lange der Block noch bestehen wird, zumal Vorlagen zu erwarten sind, bei deren Beurteilung die Meinungen der Konservativen und Liberalen weit auseinandergehen. Redner empfiehlt den Genossen die eingehende Lektüre der Reichstagsberichte. Nach Beendigung des beifällig aufgenommenen Vortrages wurde das Andenken des verstorbenen Genossen Lender durch Erheben von den Sitzen geehrt. Zu Verschiedenem wurde angeregt, dem Herrn Janitzko, der es sich zur Aufgabe gemacht habe, in unseren Versammlungen die Sozialdemokratie zu beschimpfen, ohne irgend etwas Sachliches vorzubringen, das Wort in Zukunft nicht mehr zu erteilen. Hiergegen wandte man sich sowohl vom Vorstandstisch als auch aus der Mitte der Versammlung. Gerade wenn man den Mann ruhig ausreden lasse, würde er sich am meisten blamieren. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Verbesserungen an den Straßenbahnwagen läßt jetzt die Allgemeine Lokal und Straßenbahn hierselbst vornehmen. Anstelle der früheren fünf Fenster werden nur drei angebracht, nämlich zwei große an der Seite und ein kleineres für die Ventilation in der Mitte. Die Beleuchtung ist insofern geändert worden, als an den Seiten vier Lampen von 100 Volt Stärke angebracht sind. Die Sitzbänke und Rückenlehnen sind mit Teppichen belegt worden. Auch das Äußere der Wagen ist mannigfachen Veränderungen unterzogen worden. Die Kopfrichtungsschilder werden abends beleuchtet werden, um sie auf größere Entfernungen kenntlich zu machen und neben diesem Schilde ist eine Laterne angebracht, vor welcher eine, 20 Zentimeter im Durchmesser haltende, bunte Glasscheibe gesteckt wird, die ebenfalls zur Kenntlichmachung der Richtung dient. In der gleichen Farbe sind auch die Seitenrichtungsschilder gehalten. Die Wagen Roeckstraße-Krankenhaus und Kohlmarkt-Krempelsdorf erhalten rotes Licht und rote Schilder, die Linien Kirchhof Krankenhaus und Kohlmarkt-Schwartauer Allee erhalten grünes Licht und grüne Schilder. Weitere Verbesserungen gegenüber früher sind die Anbringung von Seitenschutzbrettern am Radgestell und die doppelseitige Sandstreuung, wodurch eine um 50 Proz. erhöhte Bremswirkung erzielt wird. — Am Sonntag wurde ein so verbesserter Wagen erstmalig in Betrieb genommen.

Hafenarbeiter-Konferenz. Am 7. April tagte im „Kolosseum“ zu Kiel eine Konferenz für den Bezirk Schleswig-Holstein, Mecklenburg und Lübeck des Deutschen Hafenarbeiterverbandes. Anwesend sind 19 Delegierte aus den Ortschaften Flensburg, Harburg, Holtenau, Itzehoe, Kiel, Lübeck, Rostock, Rendsburg, Sonderburg, Tönning, Warnemünde und Wismar. Außerdem sind anwesend: Vom Hauptvorstand: Schöning-Hamburg, vom Gauvorstand: Jeckstadt und Kreutzfeldt, ferner die Gauleiter Rockstien-Hamburg und Mengel-Lübeck. Den Vorsitz führt Jeckstadt-Lübeck. Zunächst erfolgt der Bericht der Gauleiter. Wie sich aus dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht ergibt, ist der Bezirk Schleswig-Holstein, Mecklenburg und Lübeck dem Bezirk Hamburg und Umgegend angegliedert; in diesem Gesamtbezirk sind zwei Beamte (Bezirksleiter) tätig. In ersterem Bezirk ist der Mitgliederbestand von 1143 im vierten Quartal 1905 auf 2102 im vierten Quartal 1906 gestiegen. Aufgenommen sind 1212, ausgetreten 231, gestorben 11 Mitglieder. Während des Zeitraums hat sich die Mitgliederzahl in Kiel von 57 auf 388, in Wismar von 88 auf 401, in Rostock von 83 auf 107, in Lübeck von 691 auf 816 usw. gehoben. Die Verwaltungskosten stellten sich auf 4472,71. Die gegenwärtige Mitgliederzahl für Hamburg und Umgegend wird auf etwa 13 500 angegeben. Die Broschüre verbreitet sich ferner über die in dem Gebiet beider Bezirke vorgekommenen Lohnbewegungen. Zur Ausführung der Agitations- und sonstigen Arbeiten war der Gauleiter Mengel als spezieller Leiter des Bezirks Schleswig-Holstein, Mecklenburg und Lübeck 214 Tage unterwegs. Am Schluß der mündlichen Berichterstattung verbreitet Rockstien sich noch über den gegenwärtigen Kampf in Hamburg. Er ist der Überzeugung, daß der von dem Scharfmachertum heraufbeschworene Konflikt zu Gunsten der Arbeiter ausfallen werde; der Opfermut der Hamburger Kollegen sichere den Erfolg. — Vom Gauvorstand wird berichtet, daß besondere Beschwerden nicht eingelaufen sind. In der sich anschließenden Diskussion wird bemängelt, daß der Gauleiter so viel unterwegs war; die Mitgliedschaften müßten mehr zur Selbständigkeit erzogen werden. Anderseits wird es jedoch als dringend notwendig erachtet, daß der Leiter stets dort erscheint, wo Differenzen vorliegen. Weiter kommen Streitigkeiten mit anderen Verbänden zur Sprache; insbesondere wird gerügt, daß an einzelnen Orten Mitglieder des Hafenarbeiterverbandes, die wegen Schulden gestrichen worden sind, in die fraglichen Verbände aufgenommen werden. Den Delegierten wird anheim gegeben, ihr möglichstes aufzubieten, daß aus ihren Gegenden keine Streikbrecher nach Hamburg kommen. Die deutschen Arbeitswilligen seien den Ausgesperrten weit gefährlicher, als das englische Gesindel. Dann gelangt die Frage: „Organisation und Agitation“ zur Verhandlung. Die Debatte ist eine recht eingehende. Beklagt wird, daß ein Teil, namentlich der älteren Genossen, sich so teilnamlos zeigt; ferner, daß die Agitation eine äußerst schwierige ist. Schwer halte es auch bei vielen, sie zum Abonnement auf die Parteipresse zu veranlassen und anderes mehr. Das Resultat der Aussprache war die Feststellung, daß es sich empfiehlt, überall das Vertrauensmännersystem einzuführen, auch die Hauskassierung, weil sie insbesondere den Vorteil einer besseren Übersicht gewährt. Die beste Agitation sei die mündliche. Es müsse versucht werden, sie auf ein höheres Niveau zu bringen; den Mitgliedern insbesondere müsse klar gemacht werden, daß der Hauptzweck des Verbandes der Kampfeszweck sei. Die Kleinarbeit, das von Mund zu Munde gesprochene Wort, sei die beste Agitation. Dem Bestreben, Einzelsektionen zu bilden, müsse ganz energisch entgegengetreten werden, weil dadurch die Kräfte zersplittert würden. Zu Verschiedenen verbreitet Döhnel-Hamburg sich noch über den Stand der Aussperrung in Hamburg. Die gesamte bürgerliche Presse und die Kaufmannschaft erachte den Schluß des Kampfes für dringend notwendig. Letztere befinden sich in großen Schwierigkeiten; der Hafen sei von Schiffen blockiert. Vom Senat sei es bereits zur Pflicht gemacht, einzugreifen. Möge der Kampf ausfallen wie er wolle, den Erfolg werden die Hafenarbeiter auf alle Fälle haben, daß die Nachtarbeit auf ein bestimmtes Maß beschränkt wird. Über das Verhalten der Seeleute während des Kampfes soll später mit dem Seemannsverband verhandelt werden. Nach einem begeisterten Schlußwort des Gauleiters Mengel wird die Konferenz mit einem dreimaligen Hoch auf den Verband geschlossen. Ein von der Mitgliedschaft Kiel gespendeter Imbiß hielt die Teilnehmer noch bis zu ihrer Abreise in bester Stimmung beisammen.

Zur Gärtnerbewegung. Der Streik der Gärtner und Gartenarbeiter in Bremen ist durch Vergleich erfolgreich beendet. Die Arbeit wurde am 5. April wieder aufgenommen. — Die Landschaftsgärtner in Kiel stehen vor dem Lohnkampf. Die Arbeitgeber suchen Arbeitskräfte nach dort. Zuzug ist fernzuhalten. Ehe ein Kollege Arbeit auf eine Annonce hin annimmt, möge er sich erst erkundigen, da unsere Arbeitgeber noch überall Arbeitswillige suchen. Auskunft erteilt J. Busch, Hamburg 36, Treppbahn 35.

Der deutsch-nationale (antisemitische) Handlungsgehilfenverband hat am Sonntag in Lübeck einen kleinen Gautag abgehalten. Der Senat beeilte sich bei dieser Gelegenheit natürlich, einen Vertreter in Person seines Sekretärs Thorade zu senden; als s. Zt. die Gewerbegerichtsbeisitzer aus allen deutschen Gauen in Lübeck zur Beratung zusammentraten, hatte er bekanntlich keine Veranlassung, sich vertreten zu lassen. Es konnten damals ja Sozialdemokraten im Saale anwesend sein! Daß das bei den antisemitischen Handlungsgehilfen nicht der Fall war, dafür garantierte die Anwesenheit des aus der Hamburger Bürgerschaft hinausgewählten, aber in den Reichstag hineingeschmuggelten Antisemiterichs Schack, der zu gleicher Zeit Vorsitzender des deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes ist. Die Verhandlungen boten kein öffentliches Interesse. Erwähnt sei jedoch, daß Schack meinte, daß es dem Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbande lediglich infolge seines Grundsatzes, die Liebe zum deutschen Volk und Vaterland zu wecken und zu pflegen, gelungen sei, im ganzen deutschen Reiche gleichmäßig festen Fuß zu fassen, und mit Recht sei im Reichstage gesagt worden, der Deutschnationale Handlungsgehilfen Verband sei eine wirksame Hilfe zur Befreiung Deutschlands vom sozialdemokratischen Joche gewesen. — Es ist zwar nicht wahr, daß Deutschland vom „sozialdemokratischen Joch“ befreit ist, weil es noch nie in Deutschland ein sozialdemokratisches Joch gegeben hat; dafür ist jedoch die Tatsache nicht zu bestreiten, daß Schack im Wahlkampf in Eisenach Versprechungen gemacht hat, die zu halten er nie gewillt war. Das ist jedenfalls deutsch national!

Die bedingte Begnadigung ist im Jahre 1906 in Lübeck in 29 Fällen ausgesprochen worden. Die leitenden Grundsätze hierbei sind: 1. Von dem bedingten Strafaufschube soll vorzugsweise zu gunsten solcher Verurteilten Gebrauch gemacht werden, welche zurzeit der Tat das achtzehnte Lebensjahr nicht vollendet hatten. 2. Gegenüber Personen, die früher bereits zu Freiheitsstrafe verurteilt sind und die Strafe ganz oder teilweise verbüßt haben, soll der bedingte Strafaufschub nur in besonderen Fällen Platz greifen. 3. Die Höhe der erkannten Freiheitsstrafe soll die Gewährung des bedingten Strafaufschubes nicht grundsätzlich ausschließen. 4. Über die Bewilligung des bedingten Strafaufschubes ist eine Äußerung des erkennenden Gerichts herbeizuführen. 5. Die Bewährungsfrist soll auf weniger als die Dauer der Verjährungsfrist, und zwar bei Strafen, die in zwei Jahren verjähren, mindestens auf ein Jahr, bei Strafen, die einer längeren Verjährung unterliegen, auf mindestens zwei Jahre bemessen werden.

Straßensperre. Wegen vorzunehmender Straßenbauarbeiten ist die Dorotheenstraße vom Dienstag den 9. April ab bis Anfang Mai cr. für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Kontrollversammlung. Am Mittwoch, den 10. April 1907, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen der Jahresklassen 1896 und 1897. Am Mittwoch, den 10. April 1907, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen der Jahresklassen 1898 und 1899.

Erloschene Seuche. Nachdem die Schweinepest auf dem Gehöfte des Gärtners Potlitz hierselbst, Luisenstraße Nr. 15, erloschen ist, sind die angeordneten Sperrmaßregeln aufgehoben worden.

An Alkoholvergiftung gestorben ist am Donnerstag voriger Woche der Händler Renkwitz. Derselbe befand sich am Mittwoch abend in einer Wirtschaft in der Engelsgrube. Dort trank er zunächst auf eigene Rechnung einige Schnäpse. Ob er schon vorher anderswo auch größere Quantitäten von Spirituosen zu sich genommen hatte, ist uns unbekannt. Nun kam in das Lokal ein Hamburger Kellner, der für die anwesenden Gäste Getränke spendete. R. ersuchte den Kellner, ihm auch etwas zukommen zu lassen, worauf derselbe ihm nach und nach ca. acht Weingläser voll Branntwein geben ließ. Die Folge war, daß der Händler sinnlos betrunken wurde und einschlief. Vergeblich versuchte der Wirt ihn zu ermuntern. Schließlich mußte er von andern Leuten nach Hause gebracht werden. Am andern Tage ist R. dann gestorben. Es ist tief bedauerlich, daß es immer noch Menschen gibt, die in unsinniger Weise, ohne Maß und Ziel dem Alkoholgenuß huldigen. Unter keinen Umständen kann es auch gebilligt werden, daß an einen Gast derartige Quantitäten Schnaps verabfolgt werden, wie das hier geschehen ist.

Travemünde. Der Unternehmer Söhrmann hat es für gut befunden, seine Maurerarbeiten an eine Kolonne der freien Vereinigung in Akkord zu vergeben. Da Akkordarbeit innerhalb des Travemünder Lohngebietes nicht statthaft ist, wurde versucht, durch mündliche Rücksprache mit dem Unternehmer diese Angelegenheit zu regeln; jedoch erfolglos. In einer gemeinsamen Versammlung beschlossen deshalb die Maurer und Bauarbeiter einstimmig, über alle Arbeiten Söhrmanns die Sperre zu verhängen. Der Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist deshalb strenge fernzuhalten.

Travemünde. Gesperrt für Maurer und Bauarbeiter ist das Geschäft von Söhrmann.

Oldesloe. Er will auch nicht. Der hier zum Bürgermeister gewählte Polizeimeister Plewka (Schleswig) hat sich entschlossen, die Wahl abzulehnen; er bleibt in Schleswig. — So hat also Oldesloe in kurzer Zeit zum drittenmal zur Bürgermeisterwahl zu schreiten.

Delmenhorst. Auf der Bremer Linoleum-Fabrik (Schlüssel-Marke) in Delmenhorst (Oldenburg) haben 400 Arbeiter die Arbeit niedergelegt wegen Lohndifferenzen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Hamburg. Zur Aussperrung der Schauerleute. Am Sonnabend ist die bereits erwähnte Zahl Arbeitswilliger nach England zurückbefördert worden. Neue Arbeitswillige sind nicht hinzugekommen. Am Sonntag ist am Tage auf vielen Schiffen gearbeitet worden. Während der Nacht arbeitete man auf 5 Schiffen. Der Dampfer „Poseidon“ und der Salondampfer „Cobra“ sind von den Arbeitswilligen geräumt worden. Die aus 157 Mann bestehende Gesellschaft mußte auf dem Dampfer „Hungaria“ ihr Quartier aufschlagen. Der Passagierdampfer „Cobra“ soll für die Sommerfahrten nach den Nordseebädern wieder in stand gesetzt werden. Die Passagiere werden noch mancherlei unangenehme Gäste in die Nordseebäder mitnehmen müssen, dafür haben die Arbeitswilligen gesorgt. Gestern bestand die Zahl der Arbeitswilligen aus 4376 Mann. Davon verweigerten morgens früh gleich 370 Mann die Arbeit, die schon gestern Abend mit einem Dampfer nach England abgeschoben wurden. Nachträglich hat noch eine ganze Anzahl der Engländer und auch Deutsche die Arbeit verweigert. Zur Arbeit sind etwa 3400 Mann gegangen. An deutschen Arbeitern sind auf dem Seemannshause am Sonnabend und Montag 24 Mann angenommen worden. Weitere sind nicht hinzugekommen. Gestern sind mit dem Dampfer „Ophelia“ weitere 188 englische Arbeitswillige eingetroffen, darunter viele bekannte Gesichter, die schon mehrere Male hier gewesen sind und die Arbeit verweigerten. Diese sollten sofort an die Arbeit, verlangten jedoch erst abgefüttert zu werden, was auch erfolgte. Hierauf weigerten sich wiederum viele, die Arbeit sofort zu beginnen, sie wollten sich erst von der Reise erholen. Auf dem Dampfer „Askan Woermann“ fand am Sonntag eine Schlägerei unter den Arbeitswilligen statt. Es sind verschiedene Verletzungen vorgekommen. Die Verletzten wurden an Bord verbunden und sind dort in ärztlicher Behandlung geblieben. Die Zahl der Schiffe im Hamburger Hafen hat sich wieder vermehrt. Am Sonnabend hatten wir 277 Dampfer und 54 Segelschiffe, Montag waren es 284 Dampfer und 55 Segelschiffe. — Abermals ein Woermann-Prozeß. Nach dem Parlamentsbericht der „Frkf. Ztg.“ sollte der Abg. Erzberger in der Reichstagssitzung vom 30. November v. J. gesagt haben, Woermann habe die Kolonialverwaltung übers Ohr gehauen, wovon im amtlichen Bericht nichts enthalten ist. Infolgedessen strengte Woermann gegen den verantwortlichen Redakteur der „Frkf. Ztg.“ Alb. Büsching eine Beleidigungsklage an.

Leer. Ein großer Waldbrand entstand zwischen Apen und Godensholt im Großherzogtum Oldenburg. Es sollte zwecks Vorbereitung zur Kultivierung ein neues Stück Heide gebrannt werden. Dem mit dem Brennen beauftragten Haussohne M. „lief“ aber das Feuer „weg“ und sprang auf ein nahes Gehölz über. Von da verbreitete es sich auf den großen oldenburgischen Staatsforst, und nun mußten die zu Hilfe geeilten Bewohner der umliegenden Dörfer zusehen, wie der schöne Forst vernichtet wurde, da an ein Aufhalten des Feuers bei dem herrschenden Winde und der Trockenheit nicht zu denken war. Der Staatsforst — 90 Hektar groß — wurde ein Raub der Flammen.

Flensburg. Vom Automobil getötet. Der auf dem Fahrrad befindliche Dienstknecht Tacke aus Tarp wurde von dem Automobil des Konsuls Raben zu Flensburg bei Oversee überfahren und getötet.

Burgstaken auf Fehmarn. Mutter und Kinder ertrunken. Ein entsetzliches Unglück ereignete sich gestern morgen in Burgstaken. Der Knabe des Fischers Lüthje fiel in einen Teich. Als dies seine Mutter bemerkte, stürzte sie sich ohne Besinnen auch ins Wasser, um ihren Liebling zu retten. Mutter und Kind ertranken aber beide.

Letzte Nachrichten.

Köln. Hier sind zwei weitere Fälle von Genickstarre aufgetreten, bei einem zehnjährigen auf Besuch bei Verwandten weilenden Mädchen und einem 14jährigen Knaben aus dem Vororte Köln-Riehl. Beide wurden zur Beobachtung ins Hospital gebracht.

Kanea. Nach einer Meldung wurde die Bergung der Waren des österreichischen Lloydschiffes „Imperatrix“ einem Unternehmer übergeben. Nachdem 300 Kisten und viele Schiffsgeräte gehoben waren, brach der Schiffskörper auseinander und versank. Bisher wurden 20 Leichen geborgen.

Newyork. Montag morgen wurde in Newyork die Kraftstation der städtischen Straßenbahn durch Feuer zerstört. Sieben Feuerwehrleute wurden durch einstürzende Mauern erschlagen.

Quittung.

An Parteibeiträgen gingen ein;
Vom Bau Ölmühle Siems . . . . 15,60 Mk.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

Maifeier-Komitee.
Sitzung Mittwoch abend 8½ Uhr im Vereinshaus.

Anna Nilsson
O. Schultz
Verlobte.
Lübeck, den 8. April 1907.

Für die Glückwünsche zu unserer Hochzeit sprechen wir unsern besten Dank aus.
C. Möller und Frau.

Für die uns anläßlich unserer Hochzeit überaus zahlreich bewiesenen Aufmerksamkeiten danken herzlich
J. Mustin nebst Frau, geb. Otto.

Zu vermieten ein freundl. Zimmer Warendorpstraße 70, III.

Ein möbl. Zimmer zu verm. an ein jung. Mädchen. Engelsgrube 25, II.
Daselbst eine Puppenstube, hübsche Garnitur u. eiserne Puppenwiege billig zu verk.

Junge Mädchen und Frauen, die geneigt sind, das Weißnähen zu erlernen, können sich melden
Kottwitzstraße 40, I.

Suche zu sofort **460 Mk.** als sicheren Posten in ein kleines Haus gegen hohe Zinsen und ev. Abzahl. Off. u. **C S** a. d. Exped.

Zu kaufen gesucht ein kleines Haus mit Dreizimmerwohnung, Nähe Schwartauer All. Off. u. **B** an die Exped. d. Bl.

Ein noch guterhaltener Damen-Kragen billig zu verkaufen
Ratzeburger Allee 25 b, I.

Tadellos helle, klebfreie Fußböden erhalten Sie mit:

Hartglanzöl,
pr. Pfd. 80 Pf.,
Mollinol,
pr. Pfd. 70 Pf.
in 4 Stunden hart trocknend.
Fussboden-Reinigungspulver,
pr. Pfd. 40 Pf.
J. Moll Nachflg.
Reiferstrasse, Ecke Adlerstrasse.

Friedr. Meyer & Comp.

Buchdruckerei — Buchhandlung
Johannisstraße 46 ▭ LÜBECK ▭ Fernspr.: Nr. 926

empfiehlt sich zur

Herstellung sämtlicher Buchdruckarbeiten in ein- u. mehrfarbigem Druck.

Solide Preise. Prompte Lieferung.

Verlag des Lübecker Volksboten

Anfertigung von
Plakaten
Broschüren
Flugblättern
Statuten
Mitgliedskarten
Eintrittskarten
Programmen
Festliedern.

Anfertigung von
Briefbogen
Kouverts
Rechnungen
Quittungen
Mitteilungen
Adresskarten
Zirkularen
Visitenkarten.

Sofort gegen Kassa zu verkaufen mod. Plüschgarn. 85 Mk., Sofa, Vert., Schreibtisch, Trumeaux 35 Mk., hocheleg. Salongarnitur 150 Mk., 1 Schlafz.-Tisch, Spiegel, Spiegelschrank Wahmstraße 83, p., r.

Achtung Bauarbeiter!

Baudelegierten-Sitzung
am Mittwoch, d. 10. April,
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 46-52.
Der Vorstand.

Mittwoch nachmittag von 3—5 Uhr:
Grösseren Posten
Ochsenmarkknochen, sowie **Abfall-Fleisch,**
das Pfund 10 Pfg.
Frisch gesalzene **Schnauzen und Pfoten,**
das Pfund 15 Pfg.
Leicht gepökelte **Rippen,** das Pfund 20, 30 und 40 Pfg.
Kalbsknochen, mit ziemlich viel Fleisch das Pfund 7 Pfg.
Verkauf nur in der Fabrik **Beim Rethteich 14.**

Thüringer
Wurst- u. Fleischkonserven-Fabrik
August Scheere.
Versand auch nach auswärts gegen Nachnahme.

Durch unseren Verlag zu beziehen:

„Bilder aus Lübecks Vergangenheit".

Zusammengestellt von
Theodor Schwartz.

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische" („Alt")-Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische" Lübeck. — Das „kaiserliche" Lübeck. — Das „reichsfreie" Lübeck. — Das „hansische" Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der große nordische Krieg. — Jörgen Wullenwever. — Lübecks letzter hansischer Krieg. — Die Reiser'schen Unruhen. — Der große Bürger-Rezeß von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen u. Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechszehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

Preis: brosch. Mk. 4.—, geb. in Leinwd. Mk. 5.—
oder in 20 Lieferungen à 20 Pfg.

Friedr. Meyer & Comp.
Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksbote"
Johannisstraße 46.

Bestellungen werden von unseren Kolporteuren zu jeder Zeit entgegengenommen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, den 10. April, abends 8½ Uhr,
im „Vereinshaus", Johannisstraße 50—52:

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1907. 2. Besprechung der Maifeier.
3. Wahl eines Revisors und eines Bezirksvertrauensmannes.
4. Besprechung über die Anstellung eines zweiten Bureaubeamten.

Die Ortsverwaltung.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitest. 24

Gute Zigarren 100 Stück **2.90** Mark. Johannisstraße 17/19.

Panorama
Breitestraße 53, 1. Etg.
Wanderung durch das
Riesengebirge
im Winter.

Achtung!
Gesangverein der Zimmerer.

Quartalsversammlung

am Mittwoch, 10. April 1907
im Vereinslokal, Hundestraße 41.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal.
2. „ „ Ball.
3. Ausflug. 4. Sommerfest.
5. Innere Vereinsangelegenheiten.
6. Verschiedenes.

Wegen wichtiger Tagesordnung ist es Pflicht aller Mitglieder zu erscheinen.
Der Vorstand.

Nur noch 3 Tage.
Im Hansa-Theater
Größt. phant. — **OLYMPIA-THEATER** — Stabl. der Welt.
Frequenz der ersten 8 Tage: 15 473 Personen.
Heute 8 Uhr: Grandiose Vorstellung.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 82. Dienstag, den 9. April 1907. 14. Jahrg.

Zur Aussperrung in der Holzindustrie.

Seit zwölf Wochen wütet nun die Aussperrung in der Holzindustrie, die von den Unternehmern eingestandenermaßen nur unternommen wurde, um den Deutschen Holzarbeiterverband zu vernichten. Am 12. Januar nahm der Kampf in Berlin seinen Anfang, er dehnte sich bald auf Kiel und Burg aus, wo die Unternehmer unter Vertragsbruch aussperrten. Am 1. April trat eine weitere Verschärfung des Kampfes ein, indem an diesem Zeitpunkt die im Schutzverband für die Holzindustrie organisierten Unternehmer in Leipzig, Dresden, Görlitz und Halle aussperrten. Wenn man den Unternehmerführern und der Unternehmerpresse glauben will, so ist es dem Schutzverband diesmal ein leichtes, den Holzarbeiterverband schachmatt zu setzen. Daß es aber mit den starken Männern in der Holzindustrie gar nicht so gut steht, daß sie recht viel Sorgen um den Ausgang dieses Kampfes haben, zeigt das gestern schon erwähnte vertrauliche Rundschreiben des Rheinisch-Westfälischen Arbeitgeberbundes für das Holzgewerbe, das wir hier in seinem ganzen Wortlaut folgen lassen:

Rheinisch-Westfälischer Arbeitgeberbund für das Holzgewerbe,
Ortsgruppe Bochum.

Bochum, den 30. März 1907.

Vertraulich!

Wie Ihnen bekannt geworden, herrscht seit Mitte Januar d. J. in unserem Gewerbe ein erbitterter Lohnkampf, welcher wegen der unerfüllbaren Bedingungen des Holzarbeiterverbandes noch nicht beendet werden konnte. Die Verhandlungen mit den christlichen Gewerkschaften und dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein haben zu einem günstigen Resultat geführt. Der Hauptkampf spielt sich in Berlin ab, woselbst seit Januar d. J. 12 000 Tischlergesellen ausgesperrt sind. Im Anschluß hieran ist der Streik auch in folgenden Städten ausgebrochen, wie zum Beispiel Dresden, Burg bei Magdeburg, Halle, Weißenfee, Görlitz, Guben, Oldenburg, Barmen, Spandau, Kiel, Leipzig. In diesen letztgenannten Städten sind die Verhandlungen ebenfalls an dem Beharren des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes bei den unerfüllbaren Forderungen gescheitert und werden, wenn bis zum 1. April d. J. die Verhandlungen zu einem günstigen Abschluß nicht gebracht sind, welches unzweifelhaft nicht eintreffen wird, im ganzen weitere 18 000 Gehilfen ausgesperrt sein. In diesem Lohnkampf handelt es sich nur lediglich um eine Machtprobe des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes. Der Kampf mit diesem Verband muß erfolgreich sein, da sonst der Arbeitgeber in seiner eigenen Werkstatt überhaupt nichts mehr zu sagen hat. Es handelt sich nicht mehr um Erhöhung der Löhne, denn seitens des Arbeitgebers ist in diesem Punkte das weiteste Entgegenkommen gezeigt worden. Die Führer der Sozialdemokraten fordern eine Verkürzung der Arbeitszeit, die in Berlin auf den achtstündigen Arbeitstag hinauslaufen würde. Außerdem weigern sie sich, Verträge zu schließen, die in allen Städten an einem Tage ablaufen würden. Durch die Absicht des Deutschen Holzarbeiterverbandes, die bisher geübte Praxis, die Verträge in den verschiedenen Städten an verschiedenen Terminen ablaufen zu lassen, bleibt der Verband imstande, die Arbeitgeber einzeln abzuschlachten.

Nachdem nun der Bestand der Zentrale für Unterstützungen an die Arbeitgeber verbraucht ist und die von dem Ortsverband Berlin aufgebrachte Summe von 500 000 Mk. zur Neige geht, ist es erforderlich, um den Kampf mit dem sozialdemokratischen Holzarbeiterverband siegreich zu Ende zu führen, daß für neue Mittel gesorgt wird. Zur Fortführung und erfolgreichen Beendigung des Streiks ist noch mindestens eine Summe von 150 000 Mk. bis 200 000 Mk. erforderlich. Die Zentralverwaltung ersucht nun die Ortsverbände, diese Summe durch freiwillige Gaben zu decken, und gibt uns anheim, auch die Großindustrie um Beiträge zu bitten, da dieselbe von der erfolgreichen Durchführung des Streiks unmittelbar Nutzen habe. Auf diese Werbung sind bereits in Köln und Düsseldorf zusammen mehr als 12 000 Mk. gezeichnet und abgeführt worden. Ein entsprechendes Rundschreiben an die Großindustriellen ist seitens des Vorstandes des Ortsverbandes abgesandt worden. Die Zeichnung von freiwilligen Gaben seitens der Mitglieder ist dringend notwendig.

Wir bitten daher um umgehende gefl. Mitteilung, ob Sie zur Zeichnung eines freiwilligen Beitrages bereit sind. Der kleinste Beitrag wird dankend angenommen. Die Mitteilungen über eventuelle Zeichnungen von Beiträgen nimmt der Vorstand entgegen; die Namen und Beiträge der Zeichner werden durch unser amtliches Organ „Die Fachzeitung der deutschen Tischlermeister" bekannt gegeben. Indem auf recht zahlreiche Beteiligung gehofft wird, zeichnet

Mit kollegialischem Gruß

Der Vorstand.
W. Bürger, Vorsitzender.

Zum soundsovielten Male sei dieser durchaus wahrheitswidrigen Schilderung gegenüber folgendes festgestellt:

Nicht die „unerfüllbaren Forderungen" der Arbeiter gaben den Anlaß zur Aussperrung, sondern der Machtdünkel der Unternehmer, die jetzt eine billige Gelegenheit zu haben glaubten, um einer verhaßten Arbeiterorganisation das Lebenslicht auszublasen.

In Berlin hatten die Holzarbeiter überhaupt keine Forderungen gestellt, sondern sie erklärten sich bereit, unter den bisherigen Arbeitsbedingungen weiter zu arbeiten, allerdings ohne Vertrag. Als die Unternehmer dann auf Abschluß eines dreijährigen Vertrages drangen, forderten die Arbeiter eine Erhöhung des Wochenabschlags von 24 M. auf 27 M. und entsprechende Lohnerhöhungen, ferner eine Verkürzung der seit 1896 bestehenden 52stündigen wöchentlichen Arbeitszeit um zwei Stunden. Die Unternehmer zeigten auf diese Forderungen keinerlei Entgegenkommen, verlangten die Verlängerung des alten Vertrags auf drei Jahre und sperrten, als die Arbeiter darauf nicht eingingen, am 12. Januar aus.

Wenige Wochen später dehnte sich die Aussperrung auf Kiel und Burg aus, wo die Unternehmer die Arbeiter vertragsbrüchigerweise in den Kampf trieben, um sie zur Anerkennung eines scharfmacherischen Arbeitsnachweises respektive eines verschlechterten Tarifs zu zwingen. Am 1. April endlich wurden die Holzarbeiter in Leipzig, Dresden, Görlitz und Halle ausgesperrt, nicht weil sie „unerfüllbare Forderungen" stellten, sondern weil die Vernichtungsaktion des Schutzverbandes gegen den Holzarbeiterverband das erforderlich machte. Sind doch hier wie in allen an der Aussperrung beteiligten Städten die mit dem Holzarbeiterverband abgeschlossenen Verträge vom Schutzverband gekündigt worden. In allen diesen Städten wollten die Arbeiter wie in Berlin unter den bisherigen Arbeitsbedingungen weiter arbeiten. Als auch hier der Abschluß eines dreijährigen Vertrags von den Unternehmern gefordert wurde, scheiterten die Vertragsverhandlungen nicht infolge der „unerfüllbaren Forderungen" der Arbeiter — denn die Unternehmer konnten tatsächlich gegen die bescheidenen Forderungen der Arbeiter ernstliche Einwendungen nicht machen —, sondern infolge der vom Schutzverband ausgegebenen Parole, unter allen Umständen auszusperren. In Oldenburg läuft übrigens der Vertrag erst am 21. April und in Guben erst am 1. Mai ab. Man kann sich nicht gut weiter von der Wahrheit entfernen, wie es die Unternehmer in ihrem oben wiedergegebenen vertraulichen Schreiben getan haben.

Durchaus falsch sind auch die zahlenmäßigen Angaben über den Umfang der Aussperrung. In Berlin sind zur Zeit nicht 12 000, sondern 5170 Arbeiter ausgesperrt, mit den Vororten zusammen 5734; allerdings betrug die Zahl der Ausgesperrten anfangs Februar, als der Berliner Kampf seinen Höhepunkt erreicht hatte, rund 10 000. In Kiel sind 371, in Burg 130, in Halle 125, in Leipzig 834, in Dresden 249, in Görlitz eher weniger und in Barmen 50 Arbeiter ausgesperrt. Die Zahl der insgesamt ausgesperrten Holzarbeiter übersteigt also zur Zeit keineswegs 8000 — und die Unternehmer reden von 30 000.

Richtig sind in dem Rundschreiben wohl nur die Angaben über den finanziellen Zusammenbruch des Schutzverbandes für die Holzindustrie, der Scharfmacherorganisation. Man höre: der Schutzverband hat jetzt schon sein ganzes Vermögen und dazu Anleihegelder im Betrage von 500 000 Mk. aufgebraucht, und er muß jetzt bei allen Scharfmacherverbänden den Bettelsack schwingen — nach Äußerungen seiner Führer in Dresden braucht er noch rund 1 Million —, um die aussperrungswütigen Unternehmer vor dem Bankrott zu retten.

Vor Tische las man's anders. Da erklärte Herr Rahardt, der Leiter des Schutzverbandes, in einer Versammlung in Berlin, selbst wenn der Holzarbeiterverband große Darlehen bei anderen Verbänden aufnehme, wäre der Kampf in sechs Wochen zu Ende. Und vorige Woche versicherten die Unternehmer in den Schutzverbandsversammlungen in Dresden und Leipzig auf Ehre und Gewissen, der Holzarbeiterverband hat 800000 Mk. Schulden. Tatsächlich hat der Holzarbeiterverband diesen Kampf, der schon 12 Wochen währt und 1 800 000 Kosten verursacht hat, aus eigenen Kräften führen können, und er hat, wie jeder Unternehmer bei dem Bankinstitut des Verbandes erfragen kann, noch so viel Kapitalien zur Verfügung, um diesen Kampf auch weiter aus eigenen Mitteln zu führen. Allerdings war das nur möglich infolge der großen Opferwilligkeit seiner Mitglieder. Aber freudig und wie selbstverständlich haben die Holzarbeiter sich freiwillig große Opfer auferlegt, um nicht nur jetzt die nötigen Mittel zur Führung des Kampfes aufzubringen, sondern auch über diesen Kampf hinaus den Verband finanzkräftig zu erhalten. Und die deutschen Holzarbeiter werden auch weiter ihr Äußerstes tun, um diesen ihnen von den Unternehmern frivol aufgenötigten Kampf siegreich durchzuführen.

Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände hat in seiner Ausschußsitzung am 5. April beschlossen, den Scharfmachern in der Holzindustrie seine volle Sympathie auszusprechen, ferner die dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände angehörigen Verbände und deren Unterverbände zu einer tatkräftigen finanziellen Hilfsaktion aufzurufen und die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände zu ersuchen, bei ihren Verbänden ebenfalls eine Unterstützungsaktion zu Gunsten des deutschen Holzgewerbes einzuleiten. Ferner sollen die außerhalb der beiden Zentralen stehenden Arbeitgeberorganisationen der Arbeitgeber auf die Bedeutung des Kampfes hingewiesen und zur Unterstützung der kämpfenden Unternehmer gleichfalls aufgefordert werden.

Angesichts dieser gewaltigen Anstrengungen der vereinigten Scharfmacherverbände, den Holzarbeiterverband durch eine Machtprobe niederzuzwingen, sind sich die Holzarbeiter vollauf der Schwere des Kampfes bewußt. Die Holzarbeiter führen jetzt den Vorkampf für die deutschen Gewerkschaften. Würde es den Scharfmachern gelingen, diese Organisation matt zu setzen, so würden sie nicht zögern, an die Abschlachtung der andern Verbände zu gehen. Deshalb verfolgt auch die Gesamtarbeiterschaft die Entwicklung des Kampfes mit großem Interesse. Wir sind überzeugt, daß, falls ein Appell an die Gesamtarbeiterschaft gerichtet würde, wozu

---

Ende gut, alles gut.

Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

11. Fortsetzung.

Als Michel in die obere Wirtsstube kam, waren außer dem Brautpaar und seinen Angehörigen nur erst wenige Gäste dort. Er trat stattlich zu den beiden Glücklichen und sagte die Gratulation ohne Anstoß, worauf der Dank mit einem gewissen ernsten Lächeln ausgesprochen wurde, welches namentlich auf dem Gesicht der Braut zu bedeuten schien: Nimm dir ein Exempel dran! An einem benachbarten Tisch hatten schon ein paar ältere Männer aus dem Dorfe und eine Matrone von auswärts Posto gefaßt; er setzte sich zu ihnen, um, da er nicht tanzte, wenigstens eine vernünftige Ansprache zu haben.

Die Gäste mehrten sich. Auf einmal trat auch die Gret ein, die in der schwarzen Spitzenhaube und in dem dunkeln Anzug, wie ihn das protestantische Landvolk bei ernsten Gelegenheiten zu tragen pflegt, ein eigenes feierliches Aussehen hatte. Allein nachdem das Auge rasch die Tische überflogen, stimmte das helle Antlitz nicht mehr zu dem ernsten Gewand; es glänzte froh dem Brautpaar entgegen und wünschte schon Glück, ehe die Lippen sich öffneten.

Michel hatte bei ihrem Eintritt in seinem Herzen einen kleinen Ruck empfunden und konnte sich nicht enthalten, sie in der Stellung des Gratulierens anzusehen — und sie wieder schöner zu finden als alle andern Mädchen und Weiber! — Plötzlich verdunkelten sich seine Züge; der Schneider war angekommen in funkelnagelneuem Tuchrock und sehr vergnügten Gesichts. Er sprach einen Glückwunsch, der nur den Sinn der alten Bauernformel enthielt, und setzte sich an die Tafel, an welcher die Gret Platz genommen hatte, um sofort mit ihr einen Diskurs zu beginnen.

Das Fest begann und verlief nach der Regel, und die Gäste fühlten sich bald wohl und wohler — mit Ausnahme eines einzigen.

Michel hatte den Entschluß, die Gret nicht mehr anzusehen, während ihrer vergnügten Unterhaltung mit dem Schneider erneuert. Beim Aufstellen des Zugs in die Kirche ging er an ihr vorbei, ohne irgend von ihr Notiz zu nehmen. In der Kirche sah er sich aber unwillkürlich zur Übertretung des von ihm aufgestellten Gesetzes verlockt. Der Pfarrer hob in seiner Predigt die Bedeutung des Ehestandes so schön hervor; er sprach über den Segen, der an diesen Bund geknüft sei, mit solcher Weihe, daß Michel instinktmäßig den Kopf nach der Gegend hinkehrte, wo die Gret saß. Diese hatte den ihrigen just in entgegengesetzter Art gewendet — die Blicke trafen aufeinander. Obwohl er nun sein Haupt rasch wieder in die alte Stellung zurückdrehte und eine Miene annahm, als ob nichts geschehen wäre, so fühlte er sich doch ertappt, die Gret konnte von ihm denken, Gott weiß was, ihn auslachen und ihn verspotten. — Er war sehr ärgerlich.

Von da an war unser Bursche kein aufmerksamer Hörer der Predigt mehr, und auch die Rede des Schullehrers im Hofe des Wirtshauses ging ungewürdigt an ihm vorüber. Es begann ihn zu reuen, daß er der Mutter nachgegeben, und nur mechanisch ging er mit andern Zuschauern auf den Tanzboden. Was er da sah, war gleichfalls nicht geeignet ihn aufzuheitern.

Als das Brautpaar die drei Reihen getanzt hatte, wirbelten bald zwölf Paare herum — und unter diesen der Schneider mit der Gret. — — Alles was recht ist: der Schneider tanzte vortrefflich. Er kam dabei sogar ein bischen größer heraus, sintemal er städtisch hüpfte; er hatte die Gret fest am Kittel gefaßt und drehte sie kräftiger herum, als man's ihm zugetraut hätte. Dabei schimmerte sein glattes Gesicht in dem Vergnügen seines Herzens und in anmutiger Selbstgefälligkeit, so daß er allgemein auffiel. Nur unserm Burschen mißfiel er. Namentlich war diesem das selbstgefällige Lächeln des kleinen Kerls in einer Art zuwider, daß er's ihm gerne durch eine Ohrfeige vertrieben hätte, wobei ihm Hören und Sehen vergangen wäre. Allein das ging nicht an, er mußte seinen Verdruß hinunterschlucken. Er wäre in die Stube zurückgegangen, wenn er nicht der Gret hätte zeigen wollen, daß ihn diese Tanzerei durchaus nicht geniere! Das schien ihm aber seiner Würde gemäß. Indem er ein gleichgültiges Gesicht zu machen suchte, gelang es ihm wenigstens, ein freudloses hervorzubringen, das an ihm niemand auffiel.

Eine Tänzerin wie die Gret ließ man dem Schneider nicht allein. Ein anderer Lediger nahm sie ihm ab und drehte sich, wenn auch mehr auf dem Boden, ebenso lustig mit ihr im Reihen. Michel hatte wenigstens die Genugtuung zu sehen, daß das Mädchen mit diesem just so vergnügt, ja fast noch vergnügter aussah wie mit dem Nebenbuhler. Es kam ihm der Gedanke, sie könnte den Schneider auch nur für'n Narren halten; und das war ihm ergötzlich und erheiterte seine Züge. Ein Schmunzeln der Schadenfreude umspielte seine Lippen, als er das Bürschchen aus einer Ecke, und zwar mit einem gewissen Ernst im Gesicht, auf das Paar schauen sah. Er verzieh ihm und konnte nicht umhin, die Tänzerin wohlwollender und unbefangener zu betrachten.

Die Gret, obwohl sie ihm nicht ins Gesicht sah, mußte doch etwas gemerkt haben. Als sie wieder im Reihen an ihm vorüberging, glänzte ein Lächeln auf ihrem Gesicht, das ihm galt — ein Lächeln, wie es gefallen muß, kein falsches, sondern ein gutes Lächeln. Das Herz unseres Burschen begann aufzutauen. Aber es sollte noch besser kommen. Das Wirtsmädchen hatte wiederholt zum Essen gerufen, die Musik verstummte, mit einer Art von Gedränge ging's der Tür zu. Die Gret kam in die Nähe des Burschen, sie schaute ihm ins Gesicht und sagte mit einem Tone, aus welchem die Seele klang, zugleich heiter, weich und süß: „Godden Dag, Michel! Bist oh auf d'r Hoaxet?" Michel konnte in der Überraschung allerdings kein ebenso freundliches Gesicht machen — gewissermaßen brummte er nur sein Ja. Allein die Gret schien das nicht schlimm zu deuten; vielmehr sagte sie: „No, mach de nor recht lusteng", nickte ihm aufmunternd zu und setzte sich an ihren Tisch.

Das war denn doch freundlich! Da gebe sich einer nicht erneuter Hoffnung und glücklichen Empfindungen hin! — Michel setzte sich an seinen Tisch, und da er dem Frühmahl wenig Teilnahme geschenkt hatte, so aß er jetzt im Verhältnis zu seiner Statur — so ziemlich mit dem Appetit eines Herkules. Ländlich, sittlich. Ein romantisch Gebildeter hätte vielleicht nach einem so holdseligen Gruße der Geliebten lange nichts gegessen und nur von dem geistigen Leben seines Herzens gezehrt; — unsern Burschen trieb eben die Seelenfreude auch zur Erfreuung des Leibes. Das Mahl war vortrefflich — die Schöpfung einer Wirtin, die mehr nach Lob als nach Gewinn trachtete — und er ließ es sich wohl schmecken, solange der Appetit seine Kraft behauptete. Dies war lange, da das braune Bier, das er sich geben ließ, sie wiederholt erneuerte. Er fügte auch noch dem Braten eine ziemlich bedeutende Wunde zu und konnte nur wenig „einwickeln" lassen, um es der Mutter heimzubringen.

Die Genüsse des Mahles und das Glück der Liebe und der Hoffnung harmonierten in ihm durchaus. Die Blicke

ja augenblicklich ein Bedürfnis nicht vorliegt, dieser einen Erfolg zeitigen würde, der den Scharfmachern die Lust nimmt, noch einmal einen Vernichtungskampf gegen die Gewerkschaft zu wagen.

Soziales und Parteileben.

m. **Verbandstag der Maurer.** Neubauer-Charlottenburg wendet sich in scharfen Worten gegen die Vorlage des Ausschusses. Die Gehälter der Beamten hätten schon jetzt den höchsten Punkt erreicht. Man könne es nicht verantworten, wenn man die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse bei den Maurern in Betracht zieht, noch eine weitere Erhöhung der Gehälter eintreten zu lassen. In demselben Sinne äußert sich Schlinkert-Stettin, Torsmer-Kyritz, Kubenz-Berlin und andere mehr. Für eine Regelung der Gehälter spricht sich Kirmes-Hamburg aus und wünscht, daß das vom Ausschuß vorgeschlagene Mindestgehalt der Lokalbeamten erhöht werde. Derselben Ansicht ist Hüttmann-Frankfurt. Bömelburg wendet sich in längeren Ausführungen gegen diejenigen, welche gegen die Gehaltsregulierung, resp. Erhöhung eingetreten sind. Persönlich sei es ihm gleichgültig wie darüber beschlossen wird. Man solle aber nicht auf den Irrtum verfallen und die Gehälter der Beamten mit dem Einkommen eines Maurers vergleichen. Es gibt Maurer, die mit ihrem Einkommen weit über das Gehalt der Beamten hinauskommen. Dazu komme, daß jeder Maurer seine geregelte Arbeitszeit habe. Das sei bei den Beamten nicht möglich: deshalb sei auch die Arbeitszeit der Beamten bedeutend länger. Hierdurch habe man mit bedeutend größeren Ausgaben zu rechnen. Wenn wir seit Jahren den Kampf mit den Unternehmern führen, um eine bessere Lebenshaltung für die deutschen Maurer zu erreichen, so müsse doch wohl für uns jetzt maßgebend sein, wo die Maurer selbst Arbeitgeber sind, ihren Beamten nicht das zu verweigern, was wir den Unternehmern durch große Kämpfe abringen müßten. Es sei nun äußerst schwierig, die Gehaltsfrage der Lokalbeamten auf dem Verbandstage zu regulieren. Mit 1500 Mk. sei er auch nicht einverstanden, das mindeste müsse 1800 Mk. sein. Mit der Überweisung der Sache an eine noch zu wählende Kommission ist Redner einverstanden. Nachdem noch einige Delegierte sich für die Regelung dieser Materie ausgesprochen hatten, wird die Debatte geschlossen. Es wird eine Kommission von 11 Kollegen gewählt, welche dem Verbandstage einen Vorschlag zur Gehaltsregulierung machen soll. — Da es nicht möglich ist, die noch zur Verhandlung stehenden Punkte am Sonnabend zu erledigen, schlägt das Bureau vor, eine Abendsitzung abzuhalten. Die Delegierten stimmen diesem zu.

In der Freitagabend-Sitzung referiert Efftinge-Hamburg über den Gewerkschafts-Kongreß von Köln im Jahre 1905 und Wahl der Delegierten für den nächsten Kongreß. Redner erklärt, daß der Verbandsvorstand diesen Punkt nicht auf die Tagesordnung gesetzt hat, um die Beschlüsse die dort gefaßt sind, zu kritisieren, das sei schon an anderer Stelle genügend geschehen. Hauptsächlich handelt es sich darum, die hierzu gestellten Anträge zu behandeln ev. die Wahl der Delegierten für den nächsten Kongreß zu vollziehen. Auch die knappe Zeit, die uns zu unseren Verhandlungen nur noch zur Verfügung steht, bedingen, so kurz wie möglich zu sein. Die gestellten Anträge wollen einen andern Wahlmodus herbeiführen. Der Verbandsvorstand habe sich auch mit diesen Anträgen beschäftigt. Tatsache sei, daß dem Maurer-Verbande nach seiner jetzigen Mitgliederzahl za. 60 Delegierte zukommen. Es dürfte aber nicht notwendig sein, hierauf Anspruch zu machen. Der Verbandsvorstand sei der Meinung, daß, wenn eine Vermehrung der Delegierten allgemein gewünscht würde, diese nicht über 20 betragen soll. Davon sollten dann ebenso wie es bisher üblich war, dem Vorstand 2, dem Ausschuß und der Redaktion des „Grundstein" je 1 Mandat eingeräumt werden. Es würden dann noch 16 Mandate zur weiteren Verfügung bleiben. Betreffs des Wahlmodus schlägt Efftinge vor, es bei dem alten System zu belassen. Es wird beantragt, das Referat über den allgemeinen internationalen Arbeiterkongreß und internationale Maurer-Konferenz gleich mit entgegen zu nehmen und die Diskussion über beide Punkte gemeinsam vorzunehmen. Es wird entsprechend beschlossen. Bömelburg weist darauf hin, daß im Jahre 1900 in Paris und 1904 in Amsterdam auch unsere Organisation vertreten war. Die Frage, ob wir auch den in diesem Jahre in Stuttgart stattfindenden Kongreß beschicken sollen, müsse bejaht werden. Weniger wegen der Punkte, welche auf der Tagesordnung stehen, sondern hauptsächlich deshalb, weil auch wir zur klassenbewußten Arbeiterschaft gehören. Von den einzelnen Punkten der Tagesordnung haben wir das größte Interesse am Punkt 6, in welchem Einwanderung und Auswanderung erörtert werden sollen. Des ferneren seien Schritte eingeleitet, auch die Maifeier, die uns als Deutsche ja auch in hohem Grade interessiert, zur Sprache zu bringen. Die Zahl der Delegierten, welche für Deutschland in Betracht kommt, soll 800 betragen. Davon entfällt die eine Hälfte auf die Gewerkschaften, die andere Hälfte auf die sozialdemokratische Partei. Die Gewerkschaften, die nicht mehr als 10 000 Mitglieder haben, sollen davon je einen Delegierten entsenden. Die andern Mandate sind dann sinngemäß unter den übrigen Gewerkschaften zur Verteilung gekommen. Davon sollen den Maurern 14 Mandate zufallen, welche wir auch in Anspruch nehmen könnten. Redner schlägt vor, die Wahl der 14 Delegierten auf dem Verbandstage vorzunehmen und zwar so, daß die Delegierten möglichst auf alle Landesteile verteilt werden. Es würde am besten sein, die Delegierten auf die Gaue zu verteilen. Allerdings sei es erforderlich, mehrere Gaue zusammen zu fügen, die sich dann gemeinsam über den in Vorschlag zu bringenden Kandidaten verständigen sollen. — Die internationale Maurerkonferenz sei dringend notwendig, um Fragen von weittragender Bedeutung näher zu treten. Schon im vorigen Jahre seien Anregungen gemacht, recht bald diese Konferenz abzuhalten. Die Konferenz soll ebenfalls in Stuttgart stattfinden, wenn möglich einen Tag oder zwei Tage vor dem internationalen Kongreß. Zur Beratung sind folgende Punkte vorgesehen: 1) Die Einführung internationaler Mitgliedsbücher, 2) Regelung der Beitragsfrage. Die Kongreßdelegierten sollen auch gleichzeitig zu der internationalen Konferenz delegiert werden. — In der Diskussion wurde hauptsächlich betont, daß der bisher übliche Wahlmodus beseitigt werde. Der Vertreter unserer holländischen Kollegen spricht über die verworrenen Verhältnisse der Maurerbewegung in Holland und spricht den Wunsch aus, daß der deutsche Maurerverband ihnen auch fernerhin helfend zur Seite stehen möge. Tetenka aus Wien wünscht, daß der große Bruder, der deutsche Maurerverband, ihnen auch für die Folgezeit stets in derselben Weise mit Rat und Tat zur Seite stehen möge, wie bisher. Er wünscht des ferneren, daß auch die internationale Maurerkonferenz segensreiche Früchte tragen möge, um endlich einmal die unerquicklichen Zustände, wie sie jetzt bestehen, zu beseitigen. Bömelburg nimmt das Schlußwort und macht noch einige Ausführungen zu den Wünschen der österreichischen und holländischen Vertreter und schlägt dann vor, die Delegierten zum internationalen Kongreß auf dem Verbandstage zu wählen nach folgendem Modus: der Gau Berlin 2, die Gaue Lübeck, Stettin und Danzig 1, die Gaue Hamburg und Bremen 1, die Gaue Oberschlesien, Görlitz und Breslau 1, die Gaue Frankfurt und Kassel 1, die Gaue Nürnberg, München und Stuttgart 1, Gaue Magdeburg und Erfurt 1, der Gau Mannheim 1 und die Gaue Leipzig und Dresden 1, zusammen 10. Es entscheidet einfache Majorität. Von den übrigen 4 Delegierten entfallen 2 auf den Verbandsvorstand, 1 auf die Redaktion und 1 auf den Ausschuß. Es wird dementsprechend beschlossen. Ferner wird beschlossen, für den kommenden Gewerkschaftskongreß 13 Delegierte auf dem Verbandstag zu wählen. Dazu kommen dann noch die 4 Vertreter des Vorstandes, Redaktion und des Ausschusses. Nachdem die Vorschläge zur Wahl der Delegierten des internationalen Kongresses gemacht sind, tritt Schluß der Abendsitzung ein.

In der Sonnabendsitzung wird beschlossen, die Diäten auf 8 Mk. pro Tag festzusetzen. Dann erhält Heinke-Hamburg, Sekretär der Zentralkommission für den Bauarbeiterschutz, das Wort. Redner gibt einige Anweisungen für den Bauarbeiterschutz. Es folgt der Punkt Akkordarbeit. Silberschmidt-Berlin hat für den Kollegen Päplow, welcher dringend verhindert ist, das Referat übernommen. Redner ist der Ansicht, wegen der nur noch kurzen Zeit sich möglichst kurz zu fassen. Daß die Akkordarbeit nicht so ohne weiteres durch Beschlüsse abzuschaffen sei, haben wir gesehen. Trotzdem müsse festgestellt werden, daß dieselbe an Umfang, prozentual berechnet, nicht zugenommen habe, sondern im Gegenteil ein Rückgang eingetreten sei. Trotzdem müsse es nach wie vor unsere Pflicht sein, dieser Frage stets die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken. Daß durch die Akkordarbeit die Arbeitsleistung des Einzelnen oft bis ins unmenschlichste gesteigert wird, ist feststehend. Dadurch dürfte aber auch das Bestreben nach einer allgemeinen Erhöhung des Stunden- oder Tagelohnes wesentlich leiden. Auch auf die Verkürzung der Arbeitszeit habe die Akkordarbeit bisher schädlich eingewirkt, indem der Egoismus des Einzelnen dazu führe, unter allen Umständen das herauszuschlagen, was möglich ist; dies führe dazu, daß von der Innehaltung einer geregelten Arbeitszeit keine Rede mehr sein kann, weil hier die Losung heiße: „Viel Geld verdienen". Daß dieses nicht zu einer wirklichen Solidarität unter den Kollegen führe, liegt auf der Hand. Haß, Neid, Zwietracht und alle sonstigen nicht gerade guten Erscheinungen könne man beobachten. Da wir aber alle Ursache haben, daß das Solidaritätsgefühl im vollen Umfange unter unseren Kollegen Platz greife, müssen wir mit allen Mitteln dahinstreben, durch die nötige Aufklärung die Eindämmung resp. Abschaffung der Akkordarbeit zu fördern. Wenn wir weiter in Betracht ziehen, daß die Akkordarbeit auch die Unfallgefahr in ganz bedeutendem Maße fördert, andererseits die Ausbeutung des Arbeiters durch die Unternehmer in jeder Weise begünstigt, müsse Stellung dazu genommen werden. Nun handelt es sich nur darum, in welcher Weise das geschehen soll. Daß durch ein einfaches Verbot der Akkordarbeit dieses Übel beseitigt werden könne, sei ausgeschlossen. Dafür seien die Vorgänge in Hamburg, Erfurt und einigen anderen Orten noch bei jedem in Erinnerung. Auch die Reformierung der Akkordarbeit dürfte kein geeignetes Mittel sein, dieselbe zu beseitigen. Es sei hierbei zu befürchten, daß genau das Gegenteil eintreten würde. Es würde sogar die Akkordarbeit dadurch erst recht sanktioniert werden.

Es liegt hierzu folgende Resolution vor:

Der Verbandstag des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands ist zu der Erkenntnis gelangt, daß durch ein Verbot die Akkordarbeit nicht abzuschaffen ist. Jedoch ist der Verbandstag — betreffend der Schädlichkeit der Akkordarbeit — nach wie vor der Meinung, daß außer vielen anderen Mißständen:

1. durch die Akkordarbeit die Arbeitsleistung bis in das Unmenschliche gesteigert wird;
2. die Vorteile und das Bestreben nach einer allgemeinen Erhöhung des Stunden- oder Tagelohnes durch die Akkordarbeit zurückgehalten wird;
3. die Akkordarbeit ein Hindernis für die Verkürzung der Arbeitszeit ist;
4. die Akkordarbeit das Solidaritätsgefühl der Arbeiter tötet;
5. das Angebot der Arbeitskraft durch die Akkordarbeit gesteigert wird;
6. die Akkordarbeit ungleich mehr als jede andere Lohnarbeit dazu angetan ist, die Ausbeutung der Arbeiter durch die Unternehmer zu begünstigen und besonders auch die Unfallgefahr auf den Bauten bedeutend gefördert wird.

In Erwägung aller dieser Tatsachen beauftragt der Verbandstag alle Organisationsinstanzen, belehrend und aufklärend über die Schädlichkeit der Akkordarbeit zu wirken.

Besteht in Zweigvereinsbezirken in allen oder auch nur in einzelnen Spezialberufen Akkordarbeit, so muß hier durch ständige Belehrung und Aufklärung über die Schädlichkeit der Akkordarbeit auf deren Beseitigung hingewirkt werden.

Wenn in einzelnen Landesteilen oder Zweigvereinsbezirken die Akkordarbeit durch Beschluß der Organisation verboten ist, sind solche Beschlüsse von allen Angehörigen der Organisation strenge innezuhalten.

Ferner beauftragt der Verbandstag alle Instanzen der Organisation, vornehmlich den Verbandsvorstand, die Redaktion des „Grundstein" und die Gauvorstände, energischer wie bisher in Wort und Schrift, systematisch Aufklärung über die Schäden der Akkordarbeit unter den Mitgliedern zu verbreiten.

Der Antrag, in diesem Punkte eine Diskussion nicht eintreten zu lassen, wird abgelehnt. Junschke-Breslau schildert die Akkordarbeit in Breslau in eingehender Weise und ist der Meinung, daß auf Abschaffung derselben hingewirkt werden müsse. Merkel-Nürnberg ist der Meinung, daß es unmöglich sei, durch eine Beschlußfassung die Akkordarbeit zu beseitigen. Nur eine eingehende und dauernde Aufklärung unter den Maurern, welche in Akkord arbeiten, könne hier Wandel schaffen. Es geht ein Antrag ein, der in dem vorletzten Absatz der Resolution hinter „die Akkordarbeit" eingefügt werden soll „nicht besteht oder durch Beschluß der Organisation verboten ist usw." Derselbe steht mit zur Debatte. Lehning-Berlin glaubt nicht, daß die Akkordarbeit der Arbeitszeitverkürzung hindernd in dem Weg steht. Beweis dafür ist, daß die Berliner Putzer nur 8 Stunden täglich arbeiten mit einem Stundenlohn von 1,— Mk. Thöns-Berlin wendet sich gegen die Ausführungen des Vorredners und wünscht die Zustimmung aller Delegierten zu der vorliegenden Resolution. Kessel-Aachen ist mit der Resolution nicht einverstanden, weil sie ihm nicht weitgehend genug ist. Bömelburg ist der Meinung, daß über die Schädlichkeit der Akkordarbeit wohl keine Meinungsverschiedenheit vorhanden ist. Die Fassung der Resolution befriedigt ihn jedoch nicht. Verschiedene Punkte der Resolution müssen einer Änderung unterzogen werden. Er schlägt vor, den ersten Teil der Resolution zu ändern, sodaß sie nur allgemein gehalten sein soll. Die drei letzten Absätze sollen mit geringen Änderungen bleiben. Es folgt Schluß der Debatte. Silberschmidt-Berlin nimmt das Schlußwort und ist damit einverstanden, daß die Resolution in dem Sinne Bömelburgs geändert wird. Redner wendet sich aber gegen die Ausführungen des Kollegen Lehning-Berlin; dieselben können nicht als stichhaltig betrachtet werden. So wie es in Berlin bei den Putzern sei, ist es leider nicht allenthalben. Es wird der Vorschlag Bömelburgs, die Resolution

---

die er zu dem Tisch hinüberwarf, an dem die Gret saß, wurden immer herzhafter, und er fühlte sich so wohl wie seit langer Zeit nicht. In seinem Behagen erfüllte er sogar die Unterhaltungspflicht an seinem Tisch und sprach über die Preise, die der „Kern" (Dinkel), der Roggen und die Gerste im Herbst haben und im Winter behaupten würden, Gedanken aus, die, wenn sie nicht unfehlbar waren, doch mit einer überlegenen Miene gegeben wurden, als ob sie es wären, und bei den ältern Männern lächelnde Zustimmung fanden.

Der Tanz begann wieder. Michel hatte sich erhoben, und als die Gret von einem dritten Burschen an ihm vorbeigeführt wurde, hatte er schon den Mut, ihr mit einem gewissen väterlichen Wohlgefallen zuzurufen: „Scho' widder auf da' Da'zboda'! O uir (ihr) Weibsbilder!" — „Was will e doa?" erwiderte die Gret. „Wer a'fangt, mueß furtmacha'!" Und nach einem freundlichen Blick auf ihn ließ sie sich hinausführen.

Michel ging nach Hause. Die Mutter sah ihn an und sagte: „No, es schei't doch, 's g'fällt d'r!" — „No ja," erwiderte der Sohn, „'s ist am End' doch a Vergnüaga'! — Aber," setzte er, das Eingewickelte auf den Tisch legend, hinzu, „i hab' en Gedanka' verfluecht zuag'langt ond breng d'r weng mit!" — „Wann's d'r nor g'schmeckt hot!" rief die gute Alte; und heiter sagte sie: „Du host de am End' gar oh scho' recht lusteng g'macht (das heißt getanzt)?" Michel erwiderte: „Bis letzt no' net. Aber wer woeß? Der Letscht hot no' net g'schossa'!" — Die Mutter bemerkte: „Wie d'r (ihr) en d'Kirch' ganga' send, hab' e a baar Mädala' g'seha', die wära' wohl weart, daß ma's romdreha' dat!" — „I will's net verreda'," erwiderte Michel. „Aber z'erst muß e no' a weng zecha'."

Als er wieder dem Wirtshause zuging, begegnete ihm Kaspar vor einem ochsenbespannten Pflug, durch dessen Lenkung er sich heute das Vergnügen des Anfings verdienen wollte. Die Ochsen wurden zum Stehen gebracht, der Kamerad fragte, wie sich die Hochzeit anlasse. Michel, in der frohen Aufregung seines Herzens, erzählte, wie die Gret sich gegen ihn benommen. Kaspars Gesicht erhellte sich. „Willst jetz no' allweil zweifla'," rief er aus, daß des Mädle a'n Og (Auge) auf di hot? O wann e an dei'r Stell' wär'!" — „Was soll e doa'?" fragte Michel. — „Danza' muest mir'r, wann's oh nor a baar Roša wära't! Schwätza' muest — en d'Stub' muasch (mußt du sie) füara', und a Bodell (Bouteille) Wei' muest komma' lossa — Kott's Heidablitz! Wann's doh net got, nocht got's sei' Lebtag nemmer!"

Unser Bursche war bedenklich geworden. „I ka' d's Danza' net rehcht," entgegnete er, „ond du woöscht, i hab' O'glück!" — „O'glück!" versetzte der Kamerad etwas ärgerlich. „Jetz kommt 'r widder mit dear Ei'bildeng!" — „Ja, ja," sagte der gute Bursche, „'s ist doch so. Mir got nex naus!" — „Gang weiter! A Kerl, dem d'Mädla' nochloffet!" — Michel, obwohl von dieser Vorstellung erheitert, erwiderte: „Du wurscht seha'. 's wurd nex!" — „Ja freile," rief Kaspar, „wann's widder so machst, wie d's Wallerstoe!" — „Jetz doh hab' loe Sorg'," versetzte der Bursche mit einem gewissen Selbstgefühl. „Des passiert m'r nemmer!" — Kaspar knallte den Ochsen und rief im Abgehen: „Ha'et Ohbed, hoff' e, ka'st m'r ebbes Nuis verzähla'!" — „'s ka' sei', erwiderte Michel und folgte den Tönen der Klarinette, die vom Tanzboden herunter in die Gasse drangen.

Michel fühlte, daß er nach dem offenbaren Entgegenkommen der Gret einen Versuch machen und als tüchtiger Bursche handeln müsse. Bei der Vorstellung indes, wie er nun zu ihr gehen und sie zum Tanz auffordern sollte, spürte er doch wieder eine eigentümliche Bewegung in seinem Herzen. Es fiel ihm ein, daß er beschlossen hatte, fürs erste zu trinken und zu rauchen; er trat in die Stube, setzte sich, zündete seine Pfeife an und führte seinen Vorsatz männlich aus. Nachdem er schweigend und diskurierend zwei fernere Maß Braunes in sich aufgenommen hatte, fühlte er sich gekräftigt — mutig, lustig und in einer Stimmung, wo er glaubte, daß ihm nichts fehlen könne. — Der Wirt und Bräuer war ein solider Mann und die Gerste seit einem Jahre billig.

Er ging auf den Tanzboden. Da er die Gret, die sich nicht in der Stube befand, auch hier nicht erblickte, so war sie offenbar nach Hause gegangen. Die Verschiebung seines Unternehmens, welche dieser Umstand notwendig machte, war ihm nicht unlieb. Er sah den Paaren zu, die es am besten konnten, und überzeugte sich, daß dieses Tanzen am Ende auch kein Hexenwerk sei. Nachdem er genug gesehen, wollte er in die Stube zurück; im Vorbeigehen warf er einen Blick auf die Stiege — und siehe, an der Seite einer auswärtigen Freundin stieg die Gret herauf.

Bei diesem Anblick fühlte er sich etwas überrascht. Auch sie errötete lieblich; aber in ihrem Herzen regierte der Mut der Liebe und der Wille, einen begangenen Fehler wieder gut zu machen. Sie ging auf ihn zu und sagte gutmütig fröhlich: „No Michel, host no' net danzt?" Der Bursche, der zu seiner Verwunderung fühlte, daß ihm wieder etwas von seinem Unternehmungsgeist abhanden gekommen war, versetzte: „Allweil no' net!" — Er spürte einen gewissen Trieb, wieder in die Stube zu kommen, und hatte schon seinen Fuß auf die Schwelle gesetzt; aber das Schicksal hatte es anders beschlossen. Die Gret fuhr fort: „Willst denn aber gar net a'fanga? Willst da' ganza' Dag dohsitza' ond romstanda' auf 'r Hoaxet?" — „Wie soll i danza'," entgegnete Michel; „d's ganz Doraf woeß ond du wursch (wirst es) oh wissa, daß e's net ka'!" — „I hab' de aber doch früher scho' amol danza' 'seha!" bemerkte die Gret. — „Jawohl," versetzte der Bursche mit einer gewissen Laune — „aber wia?" — auf oemal got nex en der Welt," erwiderte das Mädchen tröstend und ermutigend. „Wamma'n ebbes lerna' will, mueß ma's öfter probiera'!" — Michel, dem in Abwehrungsfällen die Gründe nicht so leicht ausgingen, versetzte: „Manch Sacha' ka' ma'n oh ganz bleiba lossa, wamma' z'alt derzue ist!" — Kott's Blitz," rief die Gret, „wann e nor so ebbes höar! Z'alt zom Danza'! A jonger Burscht wie du! Schäm de doch!" — Und indem sie ein wenig näher trat, sagte sie mit aller Güte und Liebe — mit einer Stimme, welcher der Durchbruch ihrer Empfindung eine honigsüße Weichheit verlieh: „Komm Michel! — probier's mit mir!" Dem Burschen war es seltsam durch Herz gegangen, er wußte nichts zu entgegnen. „Komm!" rief das Mädchen heiter und zärtlich, indem sie ihn bei der Hand faßte. Michel begriff, daß es im höchsten Grade feig und in jeder Beziehung unschicklich gewesen wäre, jetzt nicht zu folgen. Er wollte handeln wie ein Mann, er wollte sein Bestes leisten — und entschlossen führte er sie in den Reihen.

(Fortsetzung folgt.)

in der veränderten Form anzunehmen, angenommen. Die Resolution spricht sich in ihrem ersten Teil dahingehend aus, daß nach wie vor die Akkordarbeit als äußerst schädlich für das Maurergewerbe zu betrachten sei und es Aufgabe des Verbandes sei, dahin zu wirken, dieselbe abzuschaffen. Besteht in Zweigvereinsbezirken in allen oder auch nur in einzelnen Spezialberufen Akkordarbeit, so muß hier durch ständige Belehrung und Aufklärung über die Schädlichkeit der Akkordarbeit auf deren Beseitigung hingewirkt werden. Wenn in einem Zweigvereinsbezirke die Akkordarbeit durch Beschluß der Organisation verboten ist, sind solche Beschlüsse von allen Angehörigen der Organisation strenge innezuhalten. Dann folgt der letzte Absatz der oben erwähnten Resolution. Damit ist der Punkt Akkordarbeit erledigt. — Es folgt der Punkt: Lehrlingswesen. Die Grundzüge des Referats liegen im Druck vor. Der Referent Kober-Hamburg gibt deshalb auch nur noch einige Erklärungen dazu. Die Aufnahme einer Statistik im Jahre 1906 habe ergeben, daß in Deutschland 30 263 Lehrlinge im Maurergewerbe beschäftigt sind. Die Zahl der beschäftigten Gesellen beträgt 223803. Es entfallen im Durchschnitt auf 1 Lehrling 7,4 Gesellen. Nach einer Statistik vom Jahre 1905 entfallen in der Provinz Brandenburg auf 1 Lehrling 5,91 Gesellen, Posen, Ost- und Westpreußen 4,22, Pommern 4,66, Schlesien 5,27, Provinz Sachsen und Anhalt 5,07, Hessen-Nassau und Hessen-Darmstadt 8,05, Rheinprovinz 22,21, Westfalen 10,01, Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Bremen 5,91, Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck 5,91, Bayern 11,60, Königreich Sachsen 16,36, Württemberg 11,00, Baden, Elsaß-Lothringen und Pfalz 15,00, beide Mecklenburg 4,64, Thüringische Staaten 8,47. Vielfach kommt es vor, daß auf dem platten Lande die Lehrlinge sich in Kost und Logis beim Arbeitgeber befinden, ohne jegliche Entlohnung. Meistenteils sei auch noch ein Lehrgeld von mitunter nicht geringem Betrage von dem Lehrling an seinen Lehrherrn zu entrichten. Dies ist jedenfalls die schlimmste Ausbeutung, welche jemals vorkommen kann. Im Jahre 1895 wurde festgestellt, daß im Deutschen Reiche insgesamt in Kleinbetrieben 24,7, in Mittelbetrieben 14,5 und in Großbetrieben 3,5 Lehrlinge auf je 100 Arbeiter entfielen. Im Maurergewerbe entfielen davon auf je 100 Arbeiter in Kleinbetrieben 17,85, in Mittelbetrieben 11,10 und in den Großbetrieben 9,13 Lehrlinge. Dadurch dürfte der Beweis erbracht sein, daß die größte Ausbeutung der Lehrlinge in den Kleinbetrieben vor sich geht. Der Fortbildungs- und Fachschulunterricht liegt überall sehr im argen. In der Regel krankt er daran, daß man dem Lehrling nicht die genügende Zeit zur Verfügung stellt. Wenn der Lehrling erst den ganzen Tag vom Unternehmer ausgenutzt ist, scheint die Zeit nach Feierabend zum Besuch der Schule nicht mehr geeignet. Ebenfalls müsse der Sonntagsunterricht abgeschafft werden, um dem Lehrling die nötige freie Zeit zu belassen, um der Ruhe zu pflegen. Nicht selten kommt es vor, daß auch der Religionsunterricht des Sonntags noch eine Rolle mitspielt. Das sollte man billigerweise doch jedem Lehrling überlassen, in dieser Beziehung seine Bedürfnisse zu befriedigen. Redner ist der Meinung, daß bisher von den Kollegen selbst nicht in genügender Weise auf die Erziehung der Lehrlinge eingewirkt werde. Dieses müsse anders werden, wir müssen die Lehrlinge als unseren zukünftigen Nachwuchs betrachten und auch in dieser Richtung wirken. Dann dürfte es nicht schwer sein, die jungen Leute zu erprobten Kämpfern zu erziehen. Der Referent schlägt folgende Resolution vor und empfiehlt die einstimmige Annahme.

Der Verbandstag beschließt:

Der Vorstand der Organisation wird beauftragt, die Frage des Lehrlingswesens auf dem nächsten Verbandstage von neuem zur Erörterung zu bringen. Ferner wird der Vorstand beauftragt, Material und die nötigen Unterlagen zu beschaffen, um dem nächsten Verbandstage positive Vorschläge über das Lehrlingswesen unterbreiten zu können.

Nach kurzer Diskussion wird die Resolution einstimmig angenommen. — Zur Debatte stehen sodann die allgemeinen Anträge, welche nicht schon bei den anderen Punkten der Tagesordnung erledigt sind. Bömelburg gibt zu den einzelnen Anträgen die erforderlichen Aufklärungen. Da eine Diskussion darüber nicht beliebt wird, sind dieselben damit erledigt. — Es folgt der Bericht der Beschwerdekommission. Eine Debatte darüber entspinnt sich nicht. Beschlossen wird, den Anträgen der Kommission zuzustimmen. — Hense-Hamburg gibt den Bericht der Kommission, welche zur Ausarbeitung der Gehaltsvorlage eingesetzt ist. Die Kommission hat die Vorlage des Ausschusses als Grundlage benutzt, und ist zu dem Entschluß gekommen, das Anfangsgehalt der Vorstandsmitglieder auf 2400 Mark festzusetzen. Es soll dann eine jährliche Steigerung von 100 Mk. eintreten bis zum Höchstsatze von 3000 Mk. Für den ersten und zweiten Vorsitzenden, den ersten Redakteur und den ersten Kassierer soll eine Zulage von 300 Mk. gewährt werden. Das Mankogeld für den Kassierer soll in den 300 Mk. mit enthalten sein. Für die Gauleiter soll ein Anfangsgehalt von 2100 Mk. jährlich festgesetzt werden, mit Steigerungssätzen von jährlich 100 Mk. bis zum Höchstbetrage von 2600 Mk. Außerdem eine Ortszulage bis zu 200 Mk. jährlich. In welcher Höhe dieses auf die einzelnen Gaue in Anwendung gebracht werden soll, unterliegt der Entscheidung des Vorstandes und Ausschusses. Gauhilfsbeamte sollen 2100 Mk. jährlich erhalten ohne Steigerungssätze. Für die Lokalbeamten soll das Anfangsgehalt nicht unter 1800 Mk. betragen. Es ist auch hier eine Steigerung von jährlich 100 Mark vorgesehen bis zum Höchstgehalt von 2600 Mk. Den Zweigvereinen soll es überlassen sein, entsprechend höhere Gehälter zu bezahlen. Dem Vorsitzenden des Ausschusses soll zukünftig das Recht eingeräumt werden, bei größeren resp. wichtigen Beschwerden dieselben an Ort und Stelle prüfen zu können. Des weiteren soll dem Vorsitzenden des Ausschusses für seine Tätigkeit seit dem Jahre 1891 500 Mk. Entschädigung gezahlt werden. Weiter soll der Verbandstag beschließen, dem Ausschuß jährlich eine Pauschalsumme von 500 Mk. zur Verfügung zu stellen. Die Hilfsarbeiter beim Hauptvorstande sollen 2400 Mk. Gehalt erhalten. — Bolz-Spandau ersucht die Vorlage der Kommission abzulehnen und nur die Gehälter der Vorstandsmitglieder festzusetzen, das übrige den Gautagen und Zweigvereinen zu überlassen. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt. Es tritt eine Pause ein, damit die Delegierten der einzelnen Gaue über diese Frage unter sich Rücksprache nehmen können. Nach einer halbstündigen Pause wird die Debatte fortgesetzt. Voigt-Straßburg spricht sich für die Vorlage der Kommission aus. Siebscher-Dresden ist nicht abgeneigt auskömmliche Gehälter zu gewähren, glaubt aber, daß eine einheitliche Norm nicht geschaffen werden könne. Die Festsetzung der Gehälter für die Gau- und Lokalbeamten müsse den Gautagen und Zweigvereinen überlassen bleiben. Winzler-Berlin gibt im Namen der Berliner Delegierten die Erklärung ab, daß die Mehrheit seiner Kollegen dem Vorschlage der Kommission zustimme. Lübring-Essen tritt ebenfalls für die Kommissionsvorlage ein. Kubenz-Berlin ist dagegen und Schwarz-Berlin will diese Frage bis zum nächsten Verbandstage zurückstellen. Hüttmann-Frankfurt spricht sich für die Vorlage der Kommission aus. Die Frage muß jetzt gelöst werden. Hätten die Gautage und Zweigvereine dieser Sache mehr Beachtung geschenkt, wäre es nicht nötig gewesen, sich jetzt damit zu beschäftigen. Es tritt Schluß der Debatte ein. Es erfolgt nun eine Abstimmung darüber, ob der Verband in seiner Mehrheit dafür ist, die Gehälter der Gauvorsitzenden festzusetzen. Dieser wird gegen 43 Stimmen beschlossen. Mit 112 gegen 99 Stimmen wird beschlossen, auch die Gehälter der Lokalbeamten festzusetzen. Das Gehalt für die Vorstandsmitglieder und Redaktion werden nach der Vorlage der Kommission gegen 2 Stimmen angenommen. Das Gehalt der Hilfsarbeiter wird gegen 13 Stimmen auf 2400 M. festgesetzt. Die Gehälter für die Gaubeamten werden nach dem Kommissionsvorschlage gegen 34 Stimmen angenommen. Die Gehälter der Lokalbeamten werden folgendermaßen festgesetzt: In Orten, wo der Stundenlohn unter 50 Pfg. beträgt, soll der Mindestgehalt 1800 M. betragen, steigend um jährlich 100 M. bis zu 2300 M. In den Orten, wo der Stundenlohn 50 Pfg. und mehr beträgt, ist das Anfangsgehalt 2000 M., steigend um jährlich 100 M. bis zu 2600 M. Hilfsarbeiter in den Gau- resp. Zweigvereinen bekommen das in den einzelnen Körperschaften festgesetzte Anfangsgehalt. Die Diäten für den Verbandsvorstand und dessen Beauftragte werden auf 8 M., für die Gaubeamten und deren Beauftragte auf 7 M. pro Tag festgesetzt. Mit der Gewährung eines 2wöchentlichen Urlaubes ist der Verbandstag einverstanden. Dem Verbandsausschuß wird das bewilligt, was die Kommission in Vorschlag gebracht hat. Das neue Statut soll nach dem Antrage des Verbandsvorstandes am 1. Mai in Kraft treten. Bömelburg schlägt vor, hierfür den 1. Juni festzusetzen. Der Verbandstag beschließt demgemäß. Silberschmidt-Berlin wird dazu bestimmt, die Außenarbeiten des Hauptvorstandes mit zu besorgen und wird im Gehalt mit dem Vorsitzenden des Verbandes gleichgestellt. Zum internationalen Kongreß und internationalen Maurerkonferenz werden gewählt: Silberschmidt, Thöns-Berlin, Schwarz-Danzig, Rösler-Breslau, Kobes-Hamburg, Koch-Magdeburg, Jacob-Leipzig, Stolle-Stuttgart, Hüttmann-Frankfurt a. M. und Thöne-Kassel. Zum Gewerkschaftskongreß: Silberschmidt-Berlin, Thöns-Berlin, Schwarz-Danzig, Rösler-Breslau, Schent-Erfurt, Kober-Hamburg, Barnstorf-Hannover, Liebscher-Dresden, Muth-Cöln, Jacob-Leipzig, Merkel-Nürnberg, Hüttmann-Frankfurt a. M. und Voigt-Straßburg. — Beim Punkte Vorstandswahlen werden alle bisherigen Vorstandsmitglieder, Beisitzer, Redakteure und Revisoren wieder vorgeschlagen und werden einstimmig wiedergewählt. Bömelburg spricht seinen Dank im Namen des Gesamtvorstandes für die Wiederwahl aus und verspricht mit allen Kräften den Verband zu fördern resp. dessen Interessen zu vertreten. Die Vertreter der österreichischen und holländischen Bruderorganisationen sprechen in kurzen Worten ihre Befriedigung über den Verlauf der Verhandlungen aus und wünschen dem deutschen Maurerverbande ein weiteres Gedeihen zum Segen der gesamten Bauarbeiter. Der Vertreter der italienischen Maurerorganisation ist erst am letzten Tage eingetroffen und macht längere Ausführungen über die Entwicklung der italienischen Bauarbeiterorganisation und spricht seinen Dank dafür aus, daß der deutsche Maurerverband stets helfend mit eingegriffen habe, um auch ihre Organisation zu fördern. Hoffentlich wird es möglich sein, den Zuzug von Streikbrechern aus Italien bis auf ein Minimum zu beschränken.

Nach einem kräftigen Schlußwort des Vorsitzenden Horter, Mannheim, erfolgt Schluß der Versammlung Sonnabend 8½ Uhr abends.

Internationaler Bergarbeiterkongreß. Das internationale Komitee der Bergarbeiter hielt am 30. März in Brüssel eine Sitzung ab, um für den diesjährigen internationalen Bergarbeiterkongreß die Tagungszeit und Tagesordnung festzustellen. Der letzte Kongreß in London hat Salzburg in Österreich als Tagungsort für dieses Jahr gewählt und es war in Aussicht genommen, dort den Kongreß zu Pfingsten abzuhalten. Da aber die Österreicher zu Pfingsten gerade mitten in der Wahlbewegung stehen und dabei neun Bergarbeiter-Kandidaten zum dortigen Reichstag kandidieren, so beantragen sie, den Kongreß später abzuhalten. Es wurde der 13. September als Eröffnungstag festgesetzt. Als Tagesordnung wurde bestimmt: 1. Der Kongreß fordert für alle Länder die gesetzliche Achtstundenschicht einschließlich der Ein- und Ausfahrt; in Gruben, wo die Temperatur hoch ist oder vor zu heißen Öfen und zu nassen Stellen soll die Schichtzeit nur sechs Stunden betragen. 2. In Anbetracht der großen Grubenkatastrophen sollen von Arbeitern aus ihrer Mitte gewählte und vom Staate bezahlte Grubenkontrolleure verlangt werden. 3. Es sollen in allen Ländern Tarifverträge mit Minimallöhnen angestrebt werden. 4. In allen Ländern sind Gesetze zu schaffen, nach welchen für alle Arbeiter bei Krankheit, Invalidität und für ihre Witwen und Waisen eine zum anständigen Leben ausreichende Rente gesichert wird. 5. Die Frauenarbeit soll für den Bergbau gesetzlich verboten werden. 6. Ebenso soll die Arbeit von Kindern unter 14 Jahren im Bergbau völlig und für solche unter 16 Jahren die unterirdische Beschäftigung verboten werden. 7. Bei allen Wahlen sollen nur solche Kandidaten unterstützt werden, welche sich ehrenwörtlich verpflichten, die Forderungen der Bergarbeiter im Parlament zur Geltung zu bringen. 8. Verstaatlichung der Bergwerke soll in allen Ländern verlangt werden. 9. Der Kongreß soll eine Sympathie-Resolution für den internationalen Frieden fassen und beraten, wie sich die Bergarbeiter bei Ausbruch eines Krieges in bezug auf Kohlenlieferung stellen. Dann beantragen die Belgier, noch folgendes auf die Tagesordnung zu setzen: 10. Die Produktion der Kohlen soll international geregelt werden, und 11. Neben dem 1. Mai soll noch im August ein Feiertag eingelegt werden, an welchem die Bergarbeiter demonstrieren, um ihren Forderungen Geltung zu verschaffen. Der internationale Sekretär Ashton teilte dann mit, daß die Amerikaner den Kongreß zu beschicken zugesagt hätten. Die Italiener, Ungarn und Spanier hätte er ebenfalls zu diesem Kongreß eingeladen. Auf Wunsch der deutschen Delegierten wurde noch beschlossen, von Deutschland neben den christlich Organisierten auch die in der polnischen Berufsvereinigung und dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein organisierten Bergarbeiter mit einzuladen.

Ein schöner Sieg. Der Streik der Arbeiter in der Metallfabrik von Vom in Offenbach ist nach 18wöchiger Dauer beendet worden. Es wurde ein Vertrag mit der Organisation der Arbeiter abgeschlossen. Es ist dies der erste Vertrag in der Metallindustrie Offenbachs, der mit der Organisation zustande gekommen ist.

Der Verschmelzung des Verbandes der Hoteldiener mit dem Verbande der Gastwirtsgehilfen hat der in Leipzig tagende Verbandstag der Hoteldiener im Prinzip zugestimmt. Aus praktischen Gründen — um die gegen die Verschmelzung bestehende Opposition noch zu mindern — soll aber die Verschmelzung erst auf dem nächsten Verbandstage vollzogen werden. Unter der Voraussetzung, daß der Verband der Hoteldiener in diesem Sinne wirke, zog dann der Verband der Gastwirtsgehilfen seinen Einspruch gegen den Anschluß des Hoteldienerverbandes an die Generalkommission zurück, der dann einstimmig beschlossen wurde.

Monarchisches Gefühl auf Befehl! Der Hurrapatriotismus der Arbeiter der kaiserlichen Werft zu Danzig wurde unlängst von denselben kapitalistischen Blättern herausgestrichen, die den unglaublichen Geheimbefehl in ihrer berüchtigten „Objektivität" pflichtschuldigst totschweigen mußten. Statt dessen erfuhren die Danziger die zweifellos hochwichtige Tatsache, daß die Arbeiter der Staatswerft am 110. Geburtstage Wilhelms I. an seinem Denkmal einen Kranz niedergelegt hatten! Wie dieser „patriotische Opfermut" der staatlichen Werftarbeiter nach berühmten Mustern angespornt wurde, beweist folgender Tagesbefehl:

Danzig, den 18. März 1907.

Tagesbefehl.

Geldsammlung zu einer Kranzspende. Der Arbeiterausschuß beabsichtigt, am 22. März, dem 110. Geburtstage Seiner Majestät weiland Wilhelm des Großen, am Danziger Denkmal einen Kranz niederlegen zu lassen und zu diesem Zweck eine Geldsammlung unter den Werftarbeitern zu veranstalten.

Ich genehmige die Veranstaltung der Geldsammlung. Zur Entgegennahme von geringen Beiträgen sind nur die Mitglieder des Arbeiterausschusses berechtigt. Diese erhalten vom Arbeiteramt Sammelbüchsen, welche sie am Schlusse der Sammlung an den Vorsitzenden des Ausschusses abzugeben haben. Die Büchsen werden alsdann in Gegenwart des Vorsitzenden und des Vorstandes des Arbeiteramtes geöffnet.

Das Sammeln der Beiträge darf nur am Schlusse der Arbeitszeit stattfinden.

Wegen der Niederlegung des Kranzes wird das Arbeiteramt das weitere veranlassen.

Der Oberwerftdirektor.
J. V.: Wuthmann.

Notiz. Evangelischer Arbeiterverein. Dienstag, den 19. März 1907, abends 8 Uhr, im Bildungsvereinshause, Hintergasse 16, Kassenabend!

Dieser „Befehl", der gleichzeitig für den alten Wilhelm und den sozialistenfresserischen Pfarrer Hoffmann Reklame schlägt, überraschte die Staatsarbeiter besonders, weil die Sammelgenehmigung selbst dann, wenn die Arbeiter aus den humansten Gründen bedürftige Kollegen oder deren Angehörige unterstützen wollen, schlankweg verweigert wird! Außerdem hat sich aber bis heute noch kein einziger Zeuge gefunden, der beschwören will, daß der „Tagesbefehl" und seine „Genehmigung" wirklich die Folge eines Beschlusses des Arbeiterausschusses ist! So war es kein Wunder, daß die Sammelbüchsen sich fast unberührt der beschaulichsten Ruhe erfreuten. Da doch aber der ganze Kranzpreis unmöglich aus besondern Fonds bestritten werden konnte, so fühlten sich — speziell im Ressort III — Werkführer berufen, die „Freiwilligkeit" der Sammlung dadurch anzuregen, daß sie trotz des ausdrücklichen Befehlsverbotes den Arbeitern sogar während der Arbeitszeit mit dem blechernen Klingbeutel unter der Nase herumfuchtelten. Aber selbst diese bei früheren Patriotismusproben meist recht ergiebige Methode zog wenig!

Terrorismus. Bei den letzten Wahlen haben die bürgerlichen Parteien soviel gegen die Meinungsfreiheit gesündigt, soviel wirtschaftlichen Terrorismus ausgeübt, daß sie nach der bekannten Spitzbubentaktik verfahren und der — Sozialdemokratie Terrorismus vorwerfen, um dadurch ihre eigenen Schandtaten zu vertuschen. Das Scharfmachertum des rheinisch-westfälischen Industriegebietes hat ein neues terroristisches Heldenstückchen verübt. Laut Beschluß der vorigen Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes sollte die diesjährige Tagung in Bochum stattfinden. So beschlossen die Arbeiter — aber dunkle Mächte fügten es anders. Der Verbandsvorstand sieht sich genötigt, die Generalversammlung in Dortmund tagen zu lassen. Die Ursachen gibt der Vorstand seinen Mitgliedern in folgender Mitteilung bekannt:

„Wie unsere Kameraden aus der Änderung des Tagungsortes unserer Generalversammlung ersehen, ist es uns nicht möglich, unsere Generalversammlung in Bochum abzuhalten. Die Ursache dieser Nichterfüllung des Generalversammlungsbeschlusses liegt in der Abtreibung aller Versammlungslokale durch unsere Gegner und — durch sonstigen Druck auf die Wirte. Es ist geradezu ein Skandal, daß es in einer Großstadt", wie Bochum, einer Arbeiterorganisation nicht möglich ist, ein Kongreßlokal zu bekommen. Wir haben kein Mittel unversucht gelassen, um es zu ermöglichen, unsere Generalversammlungsdelegierten am Sitze des Verbandes begrüßen zu können. Aber es hat nicht sollen sein. Nun gut, wir werden auch ohne Bochum tagen, welches sich dadurch aber kein Ruhmesblatt geschaffen hat."

Wir freuen uns schon auf die Entrüstung, die dieser schäbige Terrorismus in der bürgerlichen Presse auslösen wird. Oder hat man nun — wichtigeres zu tun?

Bildungsbestrebungen. Die „Märkische Volksstimme" zu Forst schreibt: „Überall regt sich Bildung und Streben" in den Kreisen der Parteigenossen. Allenthalben werden Vorbereitungen und Einrichtungen zur Abhaltung von Unterrichtskursen, Vortragszyklen usw. getroffen. Während in Berlin seit Jahren die Arbeiter-Bildungsschule fruchtbare Bildungsarbeiten an jungen Parteigenossen leistet, bestehen in Bremen, Kiel Frankfurt usw. Bildungsausschüsse, in Hamburg, Neumünster, Lübeck, Halle usw. Bildungsvereine, aus deren Mitgliederbeständen mancher tüchtige Kämpfer in der Partei- und Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen ist. In zahlreichen Städten, in denen bisher für systematische Ausbildung von Parteigenossen noch nicht oder nicht genügend gesorgt war (Breslau, Chemnitz usw.) trifft man Maßnahmen, die den Mangel für die Zukunft beheben sollen. So steht in Leipzig die Begründung eines Bildungsunternehmens auf breiter Grundlage bevor, in Dresden und Chemnitz haben Genosse Dunker und Genosse Düwell Unterrichtskurse über Wirtschaftsgeschichte, Volkswirtschaftslehre, Parteigeschichte und Darwinismus übernommen, denen später weitere Kurse folgen sollen. In München lassen die Parteiinstanzen den Genossen Vortragszyklen halten, in zahlreichen Orten Sachsens und Thüringens plant man die Veranstaltung von Wanderkursen und ist bemüht, die geeigneten Lehrkräfte dafür zu finden. Denken wir noch an die intensive Bildungsarbeit, die jetzt in Forst geleistet wird, wo in zwei Unterrichtskursen und zwanzig Vorträgen den Genossen eine Einführung in das Verständnis des Sozialismus vermittelt werden soll und weitere Schritte zur Vertiefung und Befestigung des Gelernten angebahnt werden, — so haben wir ein erfreuliches Bild ernsten Schaffens und Ringens vor uns, ein Bild, das den Bildungshunger im Proletariat wieder einmal in rühmlicher Weise illustriert. Freilich, eine klaffende Lücke tut sich immer noch auf: für den Bildungseifer der Genossen in der Provinz ist noch nicht gesorgt. Dort, wo oft ausgezeichnete Talente schlummern und starke Kräfte des Schliffes warten, der sie brauchbar machen soll für den Dienst in der Partei, wird der Mangel an geeigneten Bildungseinrichtungen ganz besonders schmerzlich empfunden. Für die Provinz müssen — was wir früher schon betont haben — Wanderkurse eingerichtet werden, in denen die erste Bildungsarbeit an den Genossen geleistet wird. Der Reichsverband ist uns hierin schon voraus. In seinem Tätigkeitsbericht für 1906 schreibt er u. a.: „Aus den Zukunftsplänen des Reichsverbandes, die sich naturgemäß nicht alle zu öffentlichen Er-

örterungen eignen, sei nur hervorgehoben, daß die Einrichtung der Rednerschule vom kommenden Jahr ab eine erhebliche Ausdehnung erfahren soll, so zwar, daß durch wissenschaftlich gebildete Beamte des Reichsverbandes eine Art fliegender Rednerschulen eingerichtet werden soll. Auf diese Weise wird es möglich sein, eine große Zahl von Mitgliedern des Reichsverbandes in den betreffenden Ortsgruppen selbst zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie in Wort und Schrift zu schulen und ihnen die zum öffentlichen Auftreten nötigen politischen und volkswirtschaftlichen Kenntnisse zu verschaffen. Diejenigen Teilnehmer, die in diesen fliegenden Rednerschulen sich besonders hervortun, sollen dann zu einer weiteren Ausbildung nach Berlin geschickt und dort in der ständigen Rednerschule weiter ausgebildet werden. Auf diesem Wege hofft der Reichsverband für die Wahlen viele Hunderte von erfahrenen und gewandten Mitkämpfern zu gewinnen." Diese Mitteilung ist ein Fingerzeig, in welcher Richtung unsere Partei ihre Bildungsarbeit mit besonderem Eifer zu betreiben hat. Wir hoffen, daß der Bildungsausschuß in Berlin recht bald mit entsprechenden Vorschlägen vor die Genossen treten wird.

Eine Warnung vor der Auswanderung nach den Südstaaten von Nordamerika erläßt die „Newyorker Volkszeitung". Sie weist darauf hin, daß eine Anzahl Agenten nach Europa abgereist sei, um von hier Einwanderer, denen die Überfahrt bezahlt wird, nach dem Süden zu bringen. Welchem Schicksal diese kontraktlich importierten Einwanderer entgegengehen, schreibt unser Bruderorgan, zeigen die Enthüllungen, die die Untersuchungen des Bundeskommissärs Shield in Newyork zutage förderten. Die Eisenbahngesellschaften und die Standard Oil Company, die Holzhändler und die Terpentinunternehmer ..... verbünden sich nach diesen Enthüllungen, um den weißen Arbeiter im Süden in einem Zustand tatsächlicher Sklaverei zu halten; denn, nicht nur der schwarze Arbeiter ist im Süden verachtet, sondern auch der Weiße, sobald er Arbeiter ist ..... Angesichts der geradezu grauenhaften Behandlung, der man, wie durch die Untersuchungen des Bundeskommissar Shields bewiesen ist, den weißen Arbeiter im Süden aussetzt, ist es dringende Pflicht aller Arbeiterblätter Europas, die dortigen Arbeiter zu warnen, den Lockungen der Staatsagenten Amerikas zu folgen und sich für den Süden dieses Landes anwerben zu lassen .... Es handelt sich bei dem jetzigen Vorgehen der Südstaaten um einen wohlerwogenen allgemeinen Plan, an dem nicht ein einzelner Staat, sondern alle Südstaaten beteiligt sind. Wir haben schon geschildert, daß Süd-Carolinas Agenten abgereist sind, um Textilarbeiter zu geringen Löhnen für die Baumwollenfabriken jenes Staates anzuwerben. Jetzt wird aus Louisiana gemeldet, daß man dort in derselben Weise sich weiße Arbeitskraft verschaffen will. Vor einigen Tagen wurde aus Baton Rouge gemeldet: Ein Plan, der darauf hinausläuft, die schwarzen Plantagenarbeiter von Louisiana durch staatlich importierte weiße Einwanderer von Europa zu ersetzen, wurde kürzlich durch Charles Schuler, dem staatlichen Einwanderungs- und Agrikulturkommissär, bekanntgegeben. Dieser Plan entspringt der durch den Kongreß neu geschaffenen Einwanderungsstation in Neuorleans. Der Staat macht den Pflanzern von Louisiana den Vorschlag, Einwanderer im voraus und gegen einen bestimmten Lohn zu mieten, ohne daß sie damit das Arbeiterkontraktgesetz verletzen. — Man sieht, daß die Behörden in Louisiana mit ihrer Umgehung des Kontraktarbeitergesetzes noch weiter gehen, als die von Süd-Carolina. Für den letzteren Staat wurde mit Einwilligung von Präsident Roosevelt und seinen Staatssekretären vereinbart, daß der Staat zwar Kontraktarbeiter anwerben und auf seine Kosten herüberschaffen kann, aber nicht schriftlich versprechen dürfe, daß sie sofort nach Landung Arbeit erhalten würden. In Louisiana kümmert man sich auch um diese Auslegung des Gesetzes nicht. Der Staat erbietet sich dort ganz offen, unter direkter Verletzung der gesetzlichen Bestimmungen des Kontraktarbeitergesetzes, weiße Arbeiter zu importieren und sie den Pflanzern zu einem gewissen Preise zu liefern. Sklavenhandel von Staats wegen also!

Erfolgreiche Eisenbahnerbewegung. Die ungarische Südbahn bewilligte die Forderungen der Arbeiter und Unterbeamten zum größten Teil. Dadurch ist die Gefahr einer passiven Resistenz beseitigt.

Sozialistenbekämpfung in Japan. Die japanische sozialistische Partei wurde vom Minister des Innern als „gefährlich für die Erhaltung des Friedens im Lande" aufgelöst. — Schon zu wiederholten Malen haben unsere japanischen Genossen die schwere Faust der Reaktion zu fühlen bekommen. Was sie mühsam aufbauten, wurde stets von neuem zertrümmert. Gerade in der letzten Zeit glaubten sie, bald etwas freier aufatmen zu können, und jetzt stehen sie wieder da, wo sie etwa während des Krieges mit Rußland standen. Daß die Brutalitäten der Regierung den Mut und die Energie unserer japanischen Genossen nicht zu beugen vermögen, dürfen wir nach den bisherigen Erfahrungen ohne weiteres annehmen. Der Vormarsch des Sozialismus kann wohl verzögert, nicht aber aufgehalten werden.

Ein Sozialist als Gouverneur. Genosse Sydney Olivier wurde von der britischen Regierung zum Gouverneur von Jamaika ernannt. Er ist im Jahre 1859 geboren und studierte in Oxford, wo er sich als klassischer Philologe auszeichnete. Im Jahre 1882 trat er in das Kolonialministerium ein und bekleidete seitdem mehrere wichtige Posten in verschiedenen britischen Kolonien. Im Jahre 1897 sandte ihn die Regierung nach Washington, um über westindische Angelegenheiten mit der amerikanischen Regierung zu unterhandeln. Drei Jahre später ging er als Sekretär nach Jamaika, wo er auch einige Zeit als stellvertretender Gouverneur fungierte. Seit 1904 wohnte er in London. Als kürzlich der Gouverneur Swettenhan, der sich während des Erhebens mit der Bevölkerung der Insel und mit dem amerikanischen Konteradmiral Davis überwarf, sein Amt niederlegte, wurde in allen Kreisen der Bevölkerung Jamaikas der Wunsch laut, Olivier zum Gouverneur zu haben. Die Regierung gab jetzt diesem Wunsche nach. Olivier ist Sozialist und gehört dem linken Flügel der Fabian Society an. Er hat manche gute sozialistischen Schriften geschrieben.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Soldatenpeiniger. Ein umfangreicher Mißhandlungsprozeß beschäftigte das Oberkriegsgericht des Gardekorps in Berlin. Auf der Anklagebank saß der Unteroffizier Stanjeck von der sechsten Kompagnie des fünften Garderegiments. 49 Fälle von Mißhandlungen, teils schwerer, teils leichter Art und zwei Fälle vorschriftswidriger Behandlung Untergebener wurden ihm zur Last gelegt. Der Angeklagte ist 20 Jahre alt; es fiel ihm schwer, mit seinen Untergebenen, zumeist Rekruten, auszukommen. Häufig wurde er von seinem Vorgesetzten vor versammelter Mannschaft wegen ungenügender Ausbildung seiner Untergebenen gerügt. Er wollte nun mit Gewalt tüchtige Soldaten heranbilden, dabei scheute er nicht vor dem Schlimmsten zurück. In roher und brutaler Weise vergriff er sich an den Rekruten, es dauerte nicht lange, so begann er die Mißhandlungen geradezu systematisch. Einige der Untergebenen hatten außerordentlich unter dem Vorgehen ihres Vorgesetzten zu leiden. Machten sie sich der kleinsten Versehen schuldig, so hatten sie oft brutale Mißhandlungen zu erdulden. Mit den Füßen stieß er ihnen vor den Unterleib und gegen die Schenkel. Mit dem Gewehrkolben schlug er seinen Opfern in das Gesicht, auch die Stiefel benutzte er zu seinen Ausschreitungen. Dem Grenadier Janz hatte der Angeklagte eines Tages den Auftrag gegeben, die Stiefel zu putzen. Diese waren dem Unteroffizier nicht blank genug, wütend schlug er so lange mit den Stiefeln dem Soldaten in das Gesicht, bis das Blut floß. Der Bedauernswerte mußte dann das Blut abwaschen und die Stiefel noch einmal putzen. Der Vertreter der Anklage führte in seinem Plädoyer aus, daß es trotz aller Sorgfalt nicht möglich (!) sei, die Mißhandlungen vollständig aus der Welt zu schaffen. Was aber unter allen Umständen vermieden und im Interesse der Dienstfreudigkeit der Mannschaften unterlassen werden müsse, seien die Auswüchse der rohen Mißhandlungen. Sie schädigten die Disziplin, der Untergebene verliere dadurch die Achtung vor dem Vorgesetzten und zeige nur noch Furcht. Er beantrage für die Einzelstrafen im ganzen zwei Jahre und sieben Monate und eine Gesamtstrafe von ein Jahr und sechs Monaten Gefängnis sowie Degradation. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von neun Monaten und auf Degradation.

Schwere Strafe. Das Schöffengericht in Dortmund verurteilte den Bergmann Neumann, der bei Gelegenheit der letzten Wahlen in einer Versammlung als Redner den katholischen Pfarrer Krekeler in Bracke beleidigt hatte, zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten.

Der Zuhälter als polizeilicher Vertrauensmann. Der Kutscher Balthasar Orgeich erhielt von der Kölner Strafkammer sechs Monate Gefängnis, weil er die Prostituierte Josefine Hölscher ausnutzte. Ein Kriminalschutzmann bekundete, daß Orgeich der Sittenpolizei stets gute Dienste als Vertrauensmann geleistet habe.

Und immer mehr Streikbrecherschutz! In Sachsen wird jetzt auch gegen die an einem Streik völlig unbeteiligten Leute, die mal einem Streikbrecher etwas Unangenehmes gesagt haben, im öffentlichen Interesse und auf Grund des § 153 der G.-O. Anklage erhoben und es erfolgt auch prompt die Verurteilung. In Chemnitz hatten sich nacheinander vier Personen, darunter ein Grundstücksbesitzer, dem die Streikbrecher unbefugt über sein Grundstück gelaufen waren, zu verantworten, weil sie dieselben Streikbrecher genannt hatten, obwohl sie mit dem bestreikten Betrieb und mit den Streikbrechern keine Beziehungen hatten. Der junge Amtsanwalt glaubte entdeckt zu haben, daß es sich bei den Beleidigungen der Arbeitswilligen durch Unbeteiligte um einen neuen Trick der Streikenden handle, die andere vorschickten, um sich vor Strafe zu schützen!! Diesen Gedankengang erkannte das Gericht dadurch an, daß es auf Verurteilung bis zu drei Wochen Gefängnis erkannte, und zwar auf Grund des § 153 der G.-O.

Aus Nah und Fern.

Von einem Ulan erschlagen. Der Ulan Franz Schulz von der zweiten Eskadron des Thorner Ulanen-Regiments hatte während des Manövers am Spätabend im Posenschen Dorfe Radlin in einem Renkonter mit polnischen Arbeitern den 60jährigen Jesidorzyk aus Stagoß mit einem Spaten erschlagen und dabei dessen Körper bestialisch zugerichtet. Er wurde seinerzeit vom Kriegsgericht aber freigesprochen, da dieses einen Zustand von Bewußtlosigkeit mit Ausschluß der freien Willensbestimmung angenommen hatte. In erneuter Verhandlung wurde Schulz vom Oberkriegsgericht unter Zubilligung mildernder Umstände zu einem Jahre Gefängnis verurteilt und sofort verhaftet.

Die Bluttat eines Zwölfjährigen. Der 12 Jahre alte Sohn des Polizeidieners Mackhoff in Herzfeld bei Soest machte sich dieser Tage an einem Fischnetz in der Lippe zu schaffen, das dem 17 Jahre alten Knecht Wulf gehörte. Als dieser den Knaben vertrieb, stieß der letzte aus Ärger hierüber dem Knecht das Taschenmesser in den Unterleib. Der Verletzte, dem die Schlagader durchschnitten worden war, konnte sich noch bis zu der in der Nähe gelegenen Wohnung seines Dienstherrn schleppen, wo er in Gegenwart seines auf Besuch gekommenen Vaters tot zusammenbrach.

Vom anarchistischen Kriegsschauplatz. Der Anarchist Dr. Friedeberg in Mannheim, der gelegentlich des Anarchistenkongresses festgenommen wurde, ist gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt worden. Wie die „Volksstimme" meldet, wird der Reichstagsabgeordnete Dr. Franck wegen der Behandlung, die Dr. Friedeberg im Gefängnis erfuhr, Beschwerde an das Justizministerium einreichen.

Die Zoppoter Polizeiaffäre, die wir im November vorigen Jahres schilderten, scheint doch nicht ganz den normalen Verlauf zu nehmen, sondern, wenn auch reichlich spät, ihre Sühne finden zu sollen. Wie wir mitteilten, war der Töpfer M. am 26. November, von Danzig kommend, auf dem Zoppoter Bahnhof von den Polizeisergeanten Kupper und Kamin wegen einer ganz geringfügigen Schulstrafe, deren Zahlung er sowohl wie schon vorher seine Ehefrau anbot, verhaftet und in das Polizeigefängnis im Rathause interniert worden. Erst am folgenden Tage, dem Sonntage, abends, wurde er von dort furchtbar zugerichtet, mehr tot als lebendig entlassen. Zweifellos waren an dem im amtlichen Polizeiverließ völlig Wehrlosen schwere Verbrechen begangen worden. Rund sieben Wochen lang war M. bettlägerig krank, und heute noch ist er nicht wieder hergestellt. Er befindet sich noch in ärztlicher Behandlung. Auf seine Anzeige gegen die Polizeibeamten Kupper und Kamin und den Gefängnisbeamten Skorczyk wegen Freiheitsberaubung, Körperverletzung, Mißbrauch der Amtsgewalt und schwere Beleidigung — man hatte ihn im Gefängnis unter anderem als „roter Hund" usw. tituliert — hat die Strafkammer I des Landgerichts Danzig gegen den Kamin und Skorczyk das Hauptverfahren wegen Körperverletzung im Amte eröffnet. Gegen Kamin soll auch noch wegen der Beleidigung vorgegangen werden. Gegen den Kupper vorzugehen lehnte aber der Erste Staatsanwalt zu Danzig ab. Auch haben sich sämtliche Beamte nach seiner Ansicht der Freiheitsberaubung nicht schuldig gemacht, weil sie trotz der angebotenen Bezahlung angesichts des amtlichen Auftrages in gutem Glauben handelten! In der recht länglichen Untersuchung, die trotz der klaren Sachlage erst nach vollen vier Monaten zu diesem bescheidenen Resultat gelangte, spielte aber eine besonders bedeutsame Rolle die Frage nach dem — Verfasser des Artikels über die barbarische Polizeiuntat! Was dieser Umstand mit der Aufhellung der an M. begangenen Verbrechen zu tun haben soll, vermag unser beschränkter Untertanenverstand nicht zu ergründen. Einen vollgültigen Beweis für den hohen Wert einer charakterfesten und unbeugsamen Presse möchten wir darin aber doch erblicken. Unnötig ist natürlich zu sagen, daß die amtliche Neugier selbstverständlich nicht befriedigt wurde.

Die Fahrt auf einer Eisscholle. Infolge der Schneeschmelze in den Karpathen hat bereits der Eisgang auf der Weichsel und auf dem Sanflusse im Tarnobrzeger Bezirke begonnen. Zur Sprengung der gewaltigen Eisschollen, die bei Tarnobrzeg das ganze Flußbett der Breite nach verlegten und die Brücken gefährdeten, mußten zahlreiche Bauern aus der Umgegend aufgeboten werden. Die Arbeiten leitete nach der „N. Fr. Pr." der Tarnobrzeger Bezirkshauptmann Graf Lassocki, der inmitten der Bauern auf der Eisdecke stand. Nachdem das Treibeis gesprengt worden war, geriet die Eisscholle, auf der sich der Bezirkshauptmann mit zwei Arbeitern befand, plötzlich in die Wasserströmung und wurde mit rasender Schnelligkeit fortgerissen. Da die Eisscholle immer weiter vom Arbeitsplatze sich entfernte, gestattete sich die Lage für den Grafen Lassocki und dessen Begleiter sehr bedrohlich. Der Bezirkshauptmann bemühte sich während dieser unfreiwilligen Fahrt vergebens, durch Revolverschüsse die Uferbevölkerung zur Hilfe herbeizurufen. Er legte auf dem Eisfahrzeuge eine Strecke von fünf Kilometern zurück. Erst nach zwei Stunden gelang es einem Rettungsboote, die Eisscholle einzuholen und den Bezirkshauptmann mit seinen beiden Leidensgenossen in Sicherheit zu bringen.

Diebstähle von Kunstgegenständen. Wie aus Köln berichtet wird, sind in der dortigen Kunsthandlung von Lampertz umfangreiche Diebstähle wertvoller Objekte entdeckt worden. Ein Packer, der im Begriffe stand, sich selbständig zu machen, hatte eine Unmenge dieser Wertobjekte beiseite geschafft. Bei einem Althändler wurde eine Anzahl gestohlener Gegenstände vorgefunden. Packer und Händler sind verhaftet.

Ein Millionen-Defraudant. In Mailand ist ein hoher städtischer Beamter nach Verübung großer Unterschlagungen zum Schaden der Stadt flüchtig geworden. Es soll sich um Millionen handeln.

Fideles Gefängnis. Frau Johlande Degg, die wegen Totschlags zu 23 Jahren Gefängnis verurteilt ist und diese Strafe in einem Gefängnis in Alabama verbüßt, ist nach vielen anderen Versuchen, sich die Langeweile zu vertreiben, auf den Gedanken gekommen, in ihrer Zelle einen Telephonanschluß einrichten zu lassen. Da sie über reiche Mittel verfügt und Verbindungen mit einflußreichen Persönlichkeiten besitzt, genießt sie — so berichten amerikanische Zeitschriften — viele Privilegien; es ist ihr denn auch nicht schwer gefallen, ihren Wunsch nach einem Fernsprecher erfüllt zu sehen. Sie macht von dem Anschluß so eifrig Gebrauch, um mit ihren Freunden zu plaudern, daß die Beamtin der Zentrale fortgesetzt mit der Beantwortung der Anrufe und mit der Ausführung der Verbindungen beschäftigt ist.

Die Geheimnisse des Weinkellers. Folgendes niedliche Geschichtchen, das mit der Person des durch sein energisches Vorgehen gegen die Weinfälscher bekannten pfälzischen Weinkontrolleurs Weiser verknüpft ist, wissen einige pfälzische Blätter zu erzählen: Auf einer Inspektionsreise kam dieser kürzlich in ein pfälzisches Weindorf, und die Kunde von dem Eintreffen des Vielgefürchteten durcheilte als Schreckensnachricht den ganzen Ort. Besonders ein wackerer Winzer war sehr erschrocken, so sehr, daß er sofort alle seine Fässer auslaufen ließ. Das Geschick wollte es aber, daß der Kontrolleur gerade auch diesen Winzer kontrollierte. Als er die viele Flüssigkeit sah, fragte er:

„Na, was ist denn hier los!"

Der Winzer erwiderte:

„Ja, Herr Kontrolleur, denken Sie bloß das Unglück: mein ganzer Keller steht voll Grundwasser."

Literarisches.

Lebewelt nächte der Friedrichstadt betitelt sich der neueste Band der interessanten kulturgeschichtlichen Sammlung, die Hans Ostwald unter dem Titel „Großstadt-Dokumente" bei Hermann Seemann Nachfolger, Berlin NW. 87 (Preis pro Band 1 Mk.) herausgibt. Der Band ist erschienen unter dem Pseudonym „Satyr." Wer Satyr ist, weiß in Berlin wohl jedermann, wenigstens alle, die irgendwie oder aus irgend einem Grunde den Kreisen der modernen Lebewelt Aufmerksamkeit entgegenbringen. Satyr ist ebenso bekannt als Lebemann wie als Schilderer der Lebewelt, und es ist wohl noch niemals das Berliner Nachtleben wie es sich auf der Friedrichstraße und in den Lokalen der Friedrichsstadt alltäglich oder vielmehr allnächtlich abspielt, so naturgetreu und in so echten realistischen Farben geschildert worden. Daß Satyr in all seinen Schilderungen nur Tatsächliches bietet, daß er jeden Vorgang, jede Person und jede Örtlichkeit mit dem richtigem Namen benennt, ist bekannt und ist ihm auch schon oft verübelt worden. Da aber das Ziel der Großstadt-Dokumente unverblümte Tatsachenschilderung ist, konnte für dieses Thema wohl kaum eine berufenere Feder gefunden werden. Eine kleine Auslese von Kapitelüberschriften (Ballsäle, Bars und Bufets, Absteigequartiere und Chambre separées, Spieler und Schieber ꝛc.) läßt schon erkennen, daß der Autor seinem Stoff in vollstem Umfange gerecht geworden ist.

„Von der neuen Zeit" (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 27. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Reichstagsleiden. — Studien über soziale Aesthetik. Ueber Leben, Schönheit und Kunst. Von Henriette Roland-Holst. — Neue Beiträge zur Biographie von Karl Marx und Friedrich Engels. Von Franz Mehring. — Positive Leistungen der Sozialdemokratie. Ein Beitrag zur Geschichte der Gesetzgebung. Von Hermann Molkenbuhr. — Bekenntnisse eines ehemaligen Offiziers. Von Rudolf Krafft. — Landagitation. Von F. Starosson. — Literarische Rundschau: Lafcadio Hearn, Izumo. Von C. Korn. Napoleone Colajanni, Latini e Anglosassoni von O. L. J. Gaule, Kritik der Erfahrung vom Leben. Von A. L. Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten u. Kolporteure zum Preise von Mk. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Humoristisches.

Aus dem Gerichtssaal. Vorsitzender: „Ihre Frau beklagt sich über schlechte Behandlung!" Angeklagter: „Ich wüßte nicht —" „So sollen Sie vier Jahre kein Wort mit ihr gewechselt haben!" Angeklagter: „Nur aus Höflichkeit! Ich wollte sie nicht unterbrechen!"

Schwerer Rat. Der Höllersepp kauft am Markt ein paar Eier. Um sie ganz sicher nach Hause zu bringen, steckt er sie in seinen Tabaksbeutel. Wies der tückische Zufall will, rutscht er am Heimweg aus und — die Eier sind futsch. „Sakra, sakra!" sagt er, als er die Bescherung sieht, „jetzt weiß i' net, soll i' die Mischung rauch'n oder ess'n?"!

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.